Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt und Kreis Merseburg

Bezugspreis: mit den Beilagen: „Bilder der Woche" Landmanns Sonntagsblatt, etc. durch die Post Mk 2.40 ohne Bestellgeld, durch Boten Mk. 2.— frei Haus monatl. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnumm. 10 Pfg. Sonnabends 20 Pfg. Geschäftsstelle: Hälterstr. 4 (Hauptstelle) und Gotthardstr. 38. — Im Falle höherer Gewalt (Streik usw.) besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückvergütung.

Anzeigenpreis: für den 8 gespaltenen Millimeterraum 10 Pfg., im Reklameteil (3 gespaltenen) 40 Pfg., für Chiffre und Nachweisungen 50 Pfg Aufschlag. Familienanzeigen ermäßigt. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Merseburg. Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags. — Für unleserliche Zusendungen keine Gewähr geleistet. — Postscheckkonto Leipzig 16654. Fernsprecher 100/101

Nr. 28 — **Mittwoch den 3. Februar 1926** — **166. Jahrgang**

Das Ausnahmegesetz gegen die Fürsten.

Bildung eines Reichssondergerichtes in Leipzig.

Der Kompromißantrag der Regierungsparteien zur vermögensrechtlichen Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern liegt jetzt im Wortlaut vor. Aus den ziemlich umfangreichen Bestimmungen des Entwurfes sind die wichtigsten folgende:

Es ist ein

Reichssondergericht

unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten in Leipzig zu bilden, das in der Besetzung von 9 Mitgliedern entscheidet. Vorsitzender ist der Präsident des Reichsgerichts oder als Stellvertreter ein Senatspräsident. Der Reichspräsident ernennt den Stellvertreter und sechs Mitglieder, die deutschen Gerichten oder Verwaltungsgerichten angehören müssen. Zwei weitere Mitglieder werden auf Vorschlag des Landes oder des jeweiligen Fürstenhauses vom Präsidenten des Reichsgerichts berufen.

Das Reichssondergericht ist zuständig

für alle Auseinandersetzungen, die beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes nicht bereits durch ein Gesetz, durch ein rechtskräftiges Urteil, durch einen Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich endgültig erledigt sind. Weiter ist das Reichssondergericht zuständig für Streitigkeiten über die Auslegung der Vereinbarungen, für die Richtigkeit und Restitutionsklagen gegen gefällte Urteile, für Streitigkeiten aus Aufwertungsansprüchen, für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei die Nichtigkeit eines Vertrages oder Vergleiches geltend macht, und weiter für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß ein Partei mit Rücksicht auf die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse eine neue Festsetzung der Leistungen verlangt.

Unter den Richtlinien, nach denen die Auseinandersetzung vorgenommen werden soll, interessieren vor allem folgende.

Es soll berücksichtigt werden: ob die einzelnen Vermögensstücke seinerzeit auf Grund eines Privatrechtstitels oder insbesondere in den Zeiten der absoluten Monarchie auf Grund des Völker-, Staats- oder sonstigen öffentlichen Rechtes oder auf Grund von Gegenleistungen, die sie nur kraft ihrer Souveränität bewirken konnten, von den Fürsten erworben worden sind.

Theater, Schlösser, Museen usw. soll das Land auf seinen Antrag in der Regel zu Eigentum erhalten. Ob und inwieweit dafür eine Entschädigung zu gewähren ist, richtet sich nach freiem Ermessen. Für die Zuteilung von Land- und Forstbesitz sollen die Größe des Landes und seine staatlichen Notwendigkeiten, wie Siedlungen, Städteerweiterungen usw., ausschlaggebend in Betracht gezogen werden. Die Richtlinien des Gesetzentwurfes sehen weiter vor, daß bei der Bemessung der zusprechenden Entschädigung sowohl die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen ist, wie auch die

Gewährleistung einer würdigen Lebenshaltung

für die Fürsten. Der wesentlich herabgedrückten Wirtschaftslage des deutschen Volkes in der Nachkriegszeit soll ebenfalls Rechnung getragen werden.

Von großer Bedeutung ist die Bestimmung, daß die den Fürstenhäusern durch Spruch oder Vergleich zugesprochenen Kapitalien oder Renten bis zum Ablauf des Jahres 1950 nur für die privatwirtschaftlichen Bedürfnisse des vormals regierenden Hauses oder zu Wohltätigkeits- oder kulturellen Zwecken verwandt werden sollen. Die Verbringung eines ausgezahlten Kapitals ins Ausland ist nur mit Genehmigung des Landes zulässig. Bei Zuwiderhandlung gegen diese Verpflichtung kann das Land eine zu zahlende Rente oder ein zu zahlendes Kapital ganz oder teilweise einbehalten.

Das Reichssondergericht hat zunächst einen gütlichen Ausgleich zu versuchen. Im übrigen bestimmt es sein Verfahren nach freiem Ermessen.

Die parlamentarische Basis des Entwurfs.

Dieser Gesetzentwurf wird zum Teil bei der Deutschnationalen Volkspartei starken Widerspruch hervorrufen, zumal auch die Vertreter der Deutschen Volkspartei in den Kompromißverhandlungen schließlich nur nach längem Kampfe ihre Unterschrift unter den Entwurf gesetzt haben. Auf der anderen Seite wird der Entwurf, nachdem die sozialdemokratische Partei mit den Kommunisten die entschädigungslose Enteignung gefordert hat, auch die Zustimmung der Sozialdemokraten nicht ohne weiteres finden.

Notwendig ist aber eine Zwei-Drittel-Mehrheit,

da das Gesetz verfassungsändernd ist. Diese Zweidrittel-Mehrheit würde nicht einmal vorhanden sein, wenn die Sozialdemokraten zustimmen, aber die Deutschnationalen ablehnen sollten, da die Völkischen, Deutschnationalen und Kommunisten mehr als ein Drittel des Reichstags ausmachen. Der Gesetzentwurf begegnet zunächst großen formalen Schwierigkeiten.

Enttäuschung in Amerika.

Washington, 3. Febr. Die Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz hat in den politischen Kreisen Amerikas einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Präsident Coolidge hat die Hoffnung ausgesprochen, daß es sich nur um eine augenblickliche Vertagung handele und daß die Frage sobald wie möglich wieder aufgegriffen werde. Das Erstaunen der amerikanischen Regierung über die Vertagung sei umso größer, als sie sich mit der Konferenz einverstanden erklärt hatte, obwohl sie nicht ihren ursprünglichen Ansichten entsprach.

Nach dem „Newyork Herald" beabsichtigt Präsident Coolidge für den Fall, daß die Konferenz für längere Zeit vertagt werde, eine neue Konferenz in Washington vorzuschlagen.

Nach der „Chicago Tribune" habe man in Washington den Eindruck, England versuche seine alte Stellung als erste Seemacht wieder zu erringen. England werde den Vorschlag machen, daß die Flotten in Zukunft nur noch aus Kreuzern bestünden und hoffe, in Genf bedeutend mehr Kreuzer als die Vereinigten Staaten zugestanden zu erhalten, weil das weit verzweigte britische Reich mehr Schiffe zu seinem Schutz benötige als die Vereinigten Staaten. Der amerikanische Vorschlag für die Entwaffnungskonferenz gehe voraussichtlich dahin, daß das Verhältnis von 5:5:3 auch auf die Hilfsstreitkräfte angewandt werde. Die amerikanische Flotte brauche Großkampfschiffe und U-Boote wegen der Länge der Küste, die Amerika zu verteidigen habe und zum Schutze seiner auswärtigen Besitzungen.

Coolidge über Schiedsgerichtshof und Völkerbund

Newyork, 3. Febr. Präsident Coolidge erklärte, der Entschluß Amerikas, in den Schiedsgerichtshof einzutreten, sei völlig mißverstanden worden, wenn daraus geschlossen würde, daß Amerika durch eine Hintertür in den Völkerbund einzutreten wünsche. Die Regierung Amerikas habe vom amerikanischen Volke den Auftrag erhalten, den Völkerbund fernzubleiben. Sie halte es für ihre heiligste Pflicht, nichts zu tun, was im Widerspruch mit dem Willen des Volkes stünde. Der Völkerbund sei eine politische, der Schiedsgerichtshof eine rechtsprechende Einrichtung. Es könne daher unmöglich ein Zusammenhang zwischen Schiedsgerichtshof und Völkerbund konstruiert werden.

Das scheinheilige England.

London, 3. Febr. Wie der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meldet, hat die englische Regierung gleichzeitig mit der Mitteilung, daß sie der Verschiebung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz kaum Schwierigkeiten bereiten würde, Briand dahin unterrichtet, dieser Schritt dürfe nicht so verstanden werden, als hätten englische maßgebende Kreise jemals zur Verschiebung der bevorstehenden Abrüstungskonferenz ermutigt.

Tageschronik.

Der Reichspräsident hat in Aussicht genommen, den jetzen befreiten Teilen des Rheinlandes am 22. und 23. März einen Besuch abzustatten. Der Reichspräsident beabsichtigt bei dieser Gelegenheit die Städte Köln, Bonn und Krefeld zu besuchen.

*

Die Rheinlandkommission gibt bekannt, daß im besetzten Gebiet Regimentsvereine mit Nummern oder Namen auch weiterhin verboten sind. Dagegen ist die Wiederaufnahme der Tätigkeit der Kriegervereine gestattet.

*

Wie der Jungdeutsche Orden mitteilt, ist das Hochverratsverfahren gegen den Hochmeister Mahraun und den Ordenskanzler Bornemann eingestellt worden.

*

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde das Sperrgesetz (Aussetzung aller schwebenden Verfahren — zwischen Fürstenhäusern und Ländern bis Ende Juni 1926) mit 19 gegen sechs Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

*

Der früherer russische Kriegsminister Suchomlinow ist gestern vormittag im Paulinenhaus in Berlin im Alter von 78 Jahren gestorben.

*

Die Vereinigung der französischen Kleineisenindustriellen erklärt in einem Rundschreiben, daß die französische Kleineisenindustrie Gefahr laufe, von der deutschen Industrie erdrückt zu werden.

*

Die Handelsvertragsverhandlungen zwischen Oesterreich und Ungarn dürften in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen.

*

In Belgrader politischen Kreisen spricht man von der Wahrscheinlichkeit einer Erweiterung der Regierungskoalition durch den Eintritt der Demokraten.

*

In dem russischen Konsulat in Paris hat gestern ein georgischer Staatsangehöriger einen Sowjetbeamten tätlich angegriffen.

Die Dividende der Gewerkschaften.

Der Nummer 4 der Verbands-Zeitung der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die Dividende der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften sind gewissermaßen ein „Unternehmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen". Da lohnt es sich, ähnlich wie die privatkapitalistischen Kreise, alljährlich einmal eine Bilanz aufzumachen, einen Vergleich zu ziehen, wie das „Unternehmen" gearbeitet hat. Für das Jahr 1925 brauchen wir da nicht unzufrieden zu sein. Die amtliche Statistik meldet, daß die Löhne in verschiedenen maßgebenden Industrien vom Januar bis November 1925 gestiegen sind, für den gelernten Arbeiter pro Woche von 36,80 Mark auf 46 Mark gleich 25 Proz. Der Lohn der ungelernten Arbeiter stieg im gleichen Zeitraum von 28 auf 33,90 Mark oder um 21 Proz. Die Teuerungszahlen für Februar und Dezember (im Januar erfolgte noch die alte Indexberechnung) belaufen sich auf 135,6 resp. 141,4 Punkte, das ist eine Steigerung um etwa 5,4 Proz. Wir dürfen also feststellen, daß durch die Tätigkeit der Gewerkschaften nicht nur die in der Zeit erfolgte Preissteigerung ausgeglichen wurde, sondern darüber hinaus der Lohn der gelernten Arbeiter um reichlich 7,50 Mark pro Woche, für den ungelernten Arbeiter um über 4,50 Mark erhöht werden konnte. Stellen wir diesen Erfolgen einen Verbandsbeitrag von wöchentlich durchschnittlich einer Mark gegenüber, dann finden wir, daß den Arbeitern dieser Wochenbeitrag mit rund 450 Proz., den gelernten Arbeitern sogar mit 750 Proz. zurückgegeben werden konnte. Die wöchentliche Einlage 1 Mark, die Ausbeute je Woche 4,50 Mark bis 7,50 Mark. Ist das kein guter Geschäftsabschluß?

Wir wollen uns garnicht in einen Zahlenstreit einlassen, denn statistisch kann man bekanntlich ja alles und nichts beweisen, je nachdem und unter welchem Gesichtswinkel man die Berechnung aufzieht. Wir wollen einmal rein nüchtern einige Ueberlegungen zu den obigen Ausführungen aufstellen.

Uns scheint nämlich, in diesem Rechenexempel stimmt etwas nicht. Aktive und Passive verhalten sich in Wirklichkeit **nicht. Aktiva** und Passiva verhalten sich in Wirklichkeit künstler glauben machen will. Einmal bleiben die infolge Streiks ausgefallenen Lohngelder unberücksichtigt, wenn natürlich die Streikenden auch aus der Streikkasse ihrer Gewerkschaft einen Teil ihres Lohnes vergütet erhalten. Zum andern Mal dürfte auch den Gewerkschaften bekannt sein, daß wir — vielleicht nicht zum wenigsten auf Grund der Lohnpolitik mancher Gewerkschaftler, wenn selbstredend auch andere **gewichtige Gründe** (die Reparationslasten beispielsweise) mitspielen — eine Wirtschaftskrise haben in einem Ausmaße, welches bisher für Deutschland unbekannt war. Infolge der katastrophalen Wirtschaftslage haben leider viele kleine, große und größte Betriebe ihre Werke teilweise oder sogar ganz stillegen müssen oder lassen zum mindesten kurz arbeiten. Die aus diesem traurigen Grunde zurzeit stellenlos gewordenen Belegschaften fallen natürlich der Erwerbslosen**fürsorge, d. h. der Allgemeinheit zur Last.** Wenn nun dieser „Zahlabendsrechenkünstler" fortfährt, diese angeblichen „Aktiva" des organisierten Arbeiters zu steigern, so wird dies rechnerisch fraglos möglich sein. Da wir aber in den bitter ernsten Zeiten des Dawes-Abkommens leben, dürfte dann die Erwerbslosenziffer bald 2 Millionen überschreiten und man kann ebenso schön den Zeitpunkt, wenigstens rechnerisch, vorausbestimmen, an dem eine kleine Schicht von Arbeitern sich bei einer hohen „Dividende" gütlich tun kann, während das deutsche Volk in seiner Gesamtheit hungert. Ein feines Unternehmen, daß einen derartigen Raubbau an der volkswirtschaftlichen Gesamtsubstanz treibt. Jedenfalls scheinen dann doch ganz erhebliche „Passiva" aufzutauchen.

Die Rechenkünstler sollten sich einmal überlegen, ob es nicht besser wäre, den Lohn in Einklang zu bringen mit dem bestmöglichen Beschäftigungsgrade der einzelnen Werke, damit dann alle Arbeitnehmer gleichermaßen an dem Gedeihen der Wirtschaft teilhaben.

Wofür wir arbeiten.

Die Gesamteinnahme der Reparationskasse betrug für die Monate September bis Dezember ca. 341,4 Millionen Mark, wozu noch ein alter Barbestand von rund 107 Millionen Mark kommt. Die Kasse wies also insgesamt 448,4 Millionen Mark deutsche Einnahmen in den vier Monaten auf. Zugunsten der einzelnen Reparationsländer wurden insgesamt 464,6 Millionen Mark ausgegeben. Am Ende des Jahres 1925 befanden sich in der Reparationskasse ein Ueberschuß von nahezu 83/8 Millionen Mark. Die Besatzungskosten verschlangen in den 4 Monaten über 30 Millionen Mark. Die Sachlieferungen auf Reparationskonto erforderten mehr als 205,3 Millionen Mark. Nahezu 77 Millionen Mark wurden aus Einfuhrgebühren für Waren aus Deutschland von der Reparationskasse berechnet. Die eigentlichen Barüberweisungen des deutschen Reparationsgeldes betragen nur wenig über 7 Millionen Mark, die zur Liquidierung der französisch-belgischen Eisenbahnregie und zur Wiedereinrichtung der Bibliothek in Löwen verwandt worden sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0001

Vier Todesurteile im Fememord-Prozeß.

Im Fememordprozeß verkündete gestern abend der Vorsitzende nach fast vierstündiger Beratung des Gerichtes folgendes Urteil:

1. Die Angeklagten Schirmann, Stein und Aschenkampff wegen gemeinschaftlichen Mordes zum Tode.

2. Den Angeklagten Benn wegen Anstiftung zum Morde zum Tode.

3. Angeklagter Schmidt wegen Beihilfe zu drei Jahren Zuchthaus, wovon 14 Monate Untersuchungshaft einzurechnen sind.

4. Angeklagter Stetzelburg wegen Vergehens gegen Paragraph 139 des Str. G. B. zu neun Monaten Gefängnis, auf die vier Monate Untersuchungshaft einzurechnen sind.

5. Die Angeklagten Zeitler, Snethlage, Meder, von Senden und Gutknecht werden freigesprochen.

Die hier zum Tode Verurteilten haben sofort Revision eingelegt.

*

In der Begründung des Urteils heißt es unter anderem: Die Angeklagten Aschenkampff und Stein haben nach ihrem Geständnis den Jäger Panier in der Nähe des Lagers Döberitz durch Hiebe mit einem Beil erschlagen. Der Angeklagte Schirmann hat, wie er zugibt, ihnen den Panier zugeführt. Jeder von ihnen hat die mit voller Ueberlegung ausgeführte Tötung als seine Tat gewollt. Alle drei haben sie gemeinsam ausgeführt. Der Angeklagte Schmidt hat nach seinem Geständnis die Angeklagten Aschenkampff und Schirmann begleitet. Schmidt hat, um Panier mit Ueberlegung zu töten, einen Spaten genommen, um dann die Leiche Paniers zu begraben. Vor der Tötung haben Aschenkampff und Schmidt mit der Aushebung der Erde begonnen, und nachdem Panier getötet war, hat Schmidt ihm auch einen Schlag mit einem Stein versetzt, um seine Beteiligung an dieser Tötung zu bekunden. Das stellt sich als Beihilfe zum gemeinschaftlichen Morde dar. Die Vorbereitung des Einscharrens war eine Vorbereitung des Mordes. Die Anstiftung zum Morde durch Benn ist als erwiesen anzusehen. Der Angeklagte Stetzelburg hat zugegeben, daß er von dem Vorhaben des Mordes vor der Tat Kenntnis hatte. Er hat keine Anzeige erstattet. Die Angeklagten Zeitler und Snethlage haben gestanden, die etwas flach eingegrabene Leiche nach einer anderen Stelle gebracht und tiefer eingegraben zu haben. Eine Begünstigung ist aber nicht nachzuweisen. Sie waren daher freizusprechen.

Der Wiederaufbau unserer Auslandsvertretungen.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde gestern die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Reichsminister Dr. Stresemann empfahl dem Ausschuß den Wiederaufbau unserer früheren Generalkonsulate, was auch den drängenden Wünschen entsprechen würde, die sich aus Kreisen des deutschen Handels und der Industrie geltend machen. Der Minister gab dann einige vertrauliche Informationen außenpolitischer Natur.

Eine längere Aussprache entspann sich dann über die Reichszentrale für Heimatdienst, von deren Etatsposition auf Antrag der Deutschnationalen 500 000 Reichsmark gestrichen werden sollten. Der Antrag wurde abgelehnt.

Auf eine Anfrage, wie viele deutsche Kriegsgefangene noch in Frankreich und Rußland zurückgehalten werden, erwiderte Staatssekretär von Schubert. In französischen Händen befindet sich nach sorgfältigen Ermittlungen nur noch ein deutscher Kriegsgefangener namens Hoppe, der vor Friedensschluß von einem französischen Gericht wegen Raubmordes an zwei Zivilisten zum Tode verurteilt worden war. Hoppe ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden auf dringende Vorstellungen der deutschen Regierung und verbüßt seine Strafe in Cayenne. Wie viele deutsche Kriegsgefangene sich noch in Rußland befinden, darüber ist die Ermittlungstätigkeit unserer Vertretungen noch nicht abgeschlossen. Von der Botschaft in Moskau und allen Konsulaten sind die umfassendsten Maßnahmen getroffen, um die Kriegsgefangenen zu ermitteln und heimzuschaffen, wobei die Sowjetbehörden bereitwilligst Unterstützung gewähren.

Der Ausschuß vertagte sich nach Verabschiedung des Etats auf Mittwoch.

Der Reichstag gegen die Reichsbahn.

Im Reichstag liegt jetzt der erste Teil des Ausschußberichtes über die Nachprüfung der Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn vor. Der Ausschuß beantragte zu beschließen, daß die derzeitige Personalpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft nicht die Billigung des Reichstages finde, da besonders die bei Beratung des Reichsbahn- und Reichsbahnpersonalgesetzes im Reichstag abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten wurden. Die Reichsregierung soll ferner ersucht werden, durch Einflußnahme auf die Reichsbahngesellschaft die Rechte der Beamten zu wahren und besonders den weiteren Massenabbau von Beamten und Arbeitern einzustellen.

Deutsche Volkspartei und Preisabbaugesetz.

Duisburg, 2. Febr. Gestern abend nahm in einer Handwerkerversammlung Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Dr. Most gegen den Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaues Stellung. Der Redner teilte mit, daß sein Standpunkt auch von der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei und vom Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius geteilt werde. Der Gesetzentwurf werde deshalb in der vorliegenden Form kaum Gesetzeskraft erhalten. Auf Wunsch der Versammlung erklärte Dr. Most sich bereit, auf die offenen Handelskammer einzuwirken, damit sie ihre handwerkerfeindliche Haltung ändere.

Dawesdebatte im Bayerischen Parlament.

Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags nahm gestern einen deutschnationalen Antrag an, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung die einleitenden Schritte zur

Ueberprüfung des Dawesgutachtens

zu unternehmen. Der Vertreter der Bayerischen Staatsregierung erklärte, daß mit dem Ansteigen der Jahresleistungen des Dawesplanes sich die

Unmöglichkeit der Erfüllung

von Jahr zu Jahr auch für die Gegner offensichtlich erweisen werde. Auch sie müßten erkennen, daß die Unerfüllbarkeit nicht die Schuld Deutschlands sei, sondern ihre Schuld, da sie bei der Berechnung unserer Leistungsfähigkeit

von irrtümlichen Voraussetzungen ausgegangen

seien. Am besten werde sich die Gelegenheit zur Einleitung von Schritten zur Ueberprüfung bieten, wenn die Reichsregierung die Bedingungen der Produktion und des Absatzes der deutschen Volkswirtschaft untersuchen würde.

Vor dem Eintritt in den Völkerbund.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute vormittag zusammen, um nach einer Verhandlung über die Luftverkehrsfragen sich dem Antrag der Deutschnationalen Volkspartei zuzuwenden, der die Beschränkung der Ermächtigung fordert, die der Regierung für die Anmeldung zum Völkerbund in Genf bei der Annahme der Verträge von Locarno erteilt ist. Die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses werden dieses Mal wahrscheinlich mit der Annahme eines bestimmten Antrages oder mit der Ablehnung des deutschnationalen Antrages enden. Die Stellung der Regierung ist dadurch wesentlich schwieriger geworden, daß die Vorkonferenz für die Abrüstungskonferenz auf unbestimmte Zeit verschoben ist. Es legten aber nicht nur die Deutschnationalen, sondern auch alle übrigen Parteien den größten Wert darauf, daß die Verhandlungen über die Abrüstung gleichzeitig mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beginnen könnten.

Um die Reichsgetreidestelle.

Berlin, 3. Februar. Eine Berliner Nachrichtenstelle verbreitet die Meldung, daß der Entwurf über die Wiederbelebung der Reichsgetreidestelle von der Reichsregierung mit Rücksicht auf die bevorstehende Roggenpropaganda zurückgezogen worden sei. Demgegenüber ist, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, festzustellen, daß der Gesetzentwurf zur Sicherung der Getreidebewegung im Wirtschaftsjahre 1915—26 zur Zeit dem Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages vorliegt und von diesem zunächst zurückgestellt worden ist. Tatsache ist jedenfalls, daß ein Beschluß des Kabinetts auf Zurückziehung dieses Gesetzentwurfes nicht vorliegt.

Aus Stadt und Umgebung

Schwamm drüber!

Der dunkle Punkt im Abgangszeugnis.

In einer Reihe von Einzelfällen ist in den letzten Jahren die Beobachtung gemacht worden, daß ein schlechtes Betragenszeugnis und eine Begründung dessen im Abgangszeugnis für abgehende Schüler bald oder später im Leben Folgen hat, die nicht im richtigen Verhältnis zu den Verfehlungen stehen. Die Zweckbestimmung des Abgangszeugnisses darf jedoch bei all seiner Bedeutung nicht dazu führen, jungen Menschen im Leben das Fortkommen zu erschweren und wesentlich zu beeinträchtigen wegen einer Jugendverfehlung, die mit dem Abgang von der Schule vergessen zu werden verdient.

Der preußische Unterrichtsminister hat daher bis zu der in Aussicht genommenen Neugestaltung der Bestimmungen über Schulzucht und Schulzeugnisse, bei denen wegen tadelnswerten Verhaltens in der Schule das Prädikat im Betragen etn schlechteres als „im ganzen gut" sein muß, beschlossen, daß die Begründung hierfür und der Grund des Abganges nicht mehr angegeben wird. Der Leiter einer anderen höheren Schule, bei der die Aufnahme unter Vorlegung eines derartigen Abgangszeugnisses nachgesucht wird, soll sich durch Rückfrage bei der Schule, die das Abgangszeugnis ausgestellt hat, über die Gründe der schlechten Betragensnote unterrichten, damit er in der Lage ist, den Schüler richtig zu beurteilen und zu behandeln oder, in seltenen Fällen, seine Aufnahme abzulehnen.

Soweit der Leiter der Schule, der das Abgangszeugnis ausgestellt hat, Privatpersonen, die ihre Frage als berechtigt nachweisen, über die Grundlage der schlechten Betragensnote Auskunft erteilt, wird es seinem Takt überlassen, zwischen den Interessen des Auskunftbittenden an zuverlässigen Unterlagen über die Persönlichkeit des Schülers und den Interessen des Schülers an seinem Fortkommen einen angemessenen Ausgleich zu finden.

Verein Merseburg des D. L. V.

Wieder ein Großflugtag in Merseburg.

Am gestrigen Abend hielt der Verein Merseburg des deutschen Luftfahrtverbandes seine Februar-Monatsversammlung im „Ratskeller" ab.

Im geschäftlichen Teil erwähnte der 1. Vorsitzende, Direktor Blancke, daß für dieses Jahr auch ein Großflugtag in Merseburg geplant sei und daß sein Zustandekommen gesichert wäre. Ein günstiges Angebot liegt bereits vor und wenn die Sache genau so wie im vorigen Jahre ausgestaltet wird, dürfte auch ein Ueberschuß für den Verein herauskommen.

In der Angelegenheit des Vereinsflugzeuges, des „Merseburger Raben", dem bekanntlich die Flugerlaubnis auf Betreiben der Entente entzogen ist, konnte noch nichts mitgeteilt werden, da noch keine positive Antwort von den zuständigen Stellen eingetroffen ist.

In der letzten Vorstandssitzung wurde Oberschullehrer Straude zum Vorsitzenden der Jugendabteilung ernannt. In dieser sollen zunächst Vorträge in Motorenkunde, Flugzeugbau und Wetterkunde gehalten werden. Es besteht Aussicht, daß ein Mitglied des Vereins eine Freistelle bei der Rhön-Rossittengesellschaft erhalten und dort das Segelfliegen erlernen kann.

Im Anschluß an den geschäftlichen Teil fand eine Lichtbild-Vorführung statt, die im wesentlichen die Fortsetzung der Lichtbildfolge aus der Januarsitzung war. Erläuternde Worte von den Herren Blancke und Leitlof belehrten über die verschiedenen Flugzeugtypen, ihre Anwendung und die Konstruktionseinzelheiten.

Hierauf wurde ein Film vorgeführt „Der Flug eines Junker-Flugzeuges von Bahia nach Rio de Janeiro". Man wurde dabei in die herrlichsten Gegenden geführt und bekam besonders im öffentlichen Park von Rio de Janeiro wundervolle Bilder zu sehen.

Die alten und die jungen Flieger bekamen aber bei den Bildern, die vom Flugzeug aufgenommen waren, ihre Sehnsucht nach der alten Liebe und jeder hoffte in seinem Herzen, daß er sobald als möglich wieder fliegen kann.

Bei der gestrigen Sitzung waren auch zum ersten Mal Damen anwesend. Es ist zu hoffen, daß unser Luftfahrtverein, der nach jeder Richtung hin große Anstrengungen macht, auch bei Damen Interesse findet und solche als Mitglieder dem Verein beitreten.

*

Autolinie Merseburg—Mitzau—Eichstädt.

Die Firma Gustav Engel Söhne, Merseburg hat um die Genehmigung zur Eröffnung einer Kraftfahrzeugverbindung von Merseburg über Mitzau durch die sogenannten Grunddörfer nach Eichstädt nachgesucht. Einwendungen gegen das beabsichtigte Unternehmen sind innerhalb einer Frist von zwei Wochen bei der hiesigen Polizeiverwaltung anzubringen.

*

Die nächste Tagung des Provinziallandtages findet, wie jetzt mitgeteilt wird, bereits schon Mitte März statt. Inzwischen hat sich der Provinzialausschuß konstituiert, der einen besonderen Haushaltsausschuß eingerichtet hat. Diese Kommission hat zur Etatsberatung bereits eine Sitzung abgehalten.

Große Uebung der Reichswehr.

Wie das zuständige Wehrkreiskommando mitteilt, werden die Truppen der Provinz Sachsen Mitte Februar eine größere Geländeübung abhalten. Die Uebung soll vom 16. bis 20. Februar in der Gegend von Merseburg stattfinden. An ihr nehmen sämtliche Reichswehrformationen der Provinz Sachsen teil. Nähere Einzelheiten über die geplante Uebung werden zurzeit noch nicht bekannt gegeben.

*

Deckgeld für Bullen und Eber. Im Einvernehmen mit dem Vorstande der Landwirtschaftskammer hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen den Mindestdeckgeld für Bullen auf 6 Mark und für Eber auf 3 Mark festgesetzt.

Die Anmeldung der Schulneulinge in den Volksschulen I und II (Grundschule.) findet am Montag, den 8. Februar, nachmittags von 3—5 Uhr, statt, und zwar für die Volksschule I (einschl. Manteuffelschule) im Schulhaus am Schulplatz, und die Volksschule II im Schulhaus Wilhelmstraße. Schulpflichtig werden alle Kinder, die bis zum 30. Juni d. J. das 6. Lebensjahr vollenden. Tauf- und Impfschein sind bei der Anmeldung vorzulegen. Im Vorjahre zurückgestellte Kinder sind aufs neue anzumelden. Die Grenze der beiden Schulbezirke wird durch die Straßen: Friedrichstr., Bahnhofstr., Brauhausstr. und Dompropstei bezeichnet. Die Grenzstraßen selbst gehören zur Volksschule I. Von den Stadtteilen östlich der Saale gehören Benenien, Amtshäuser und Werderstr. zur Volksschule I, der Neumarkt zur Volksschule II.

Feuerwachen bei Vereinsfestlichkeiten. Von der Polizeiverwaltung werden wir gebeten darauf hinzuweise, daß bei allen Vereinsfestlichkeiten, Theateraufführungen usw. die Veranstalter verpflichtet sind, Feuerwachen zu stellen, die bei der Feuerwache oder beim Branddirektor Schethe anzufordern sind. Die Feuerwehrleute müssen bis zum Schluß der Veranstaltung ihr Amt ausüben.

In trostlosem Zustande befindet sich der Promenadeweg an der Meuschauer Straße — von der Grunicke'schen Bildhauerei bis zur Meuschauer Mühle —. Auf die äußerst schlechte Beschaffenheit des Weges ist des öfteren hingewiesen worden, ohne daß bisher etwas zur Aufbesserung getan worden ist. Dauernd wird von Passanten und Spaziergängen über den schlechten Weg geklagt. Es erscheint dringend angebracht, die unterhaltungspflichtige Stelle zu veranlassen, daß hier durch Kiesaufschüttung oder dergl. dieser sehr viel begangene Weg an der Schleuse zu einem passierbaren gemacht wird. Dankbar werden alle sein, die den Weg benutzen müssen.

Neue Anhängewagen bei der Werkbahn. Zur besseren und schnelleren Abwicklung des stoßweise auftretenden Massenverkehrs zu den Schichtwechseln sind, wie uns die „Müdag" heute mitteilt, auf der Bahnlinie Halle-Merseburg neue, von der Firma Lindner gebaute Anhängewagen in Dienst gestellt worden. Der große geräumige Wagenkasten mit einer Gangbreite von 95 Zentimetern ruht auf zwei 2achsigen Drehgestellen. Die Achsenbuchsen sind mit Rollenlagerung ausgerüstet.

Ueber Erinnerungen an Deutschostafrika spricht kommenden Freitag, nachm. 5 Uhr Herr Pastor Heil-Stkopau im Domgymnasium. Der Redner, der acht Jahre vor dem Krieg und während der Kriegszeit in Ostafrika als Missionar tätig war, wird an Hand von Lichtbildern einen äußerst interessanten Vortrag bieten können. S. Anzeige in heutiger Nr.

Störungen im Telegraphenbetrieb. Das prachtvolle Nordlicht, das kürzlich über ganz Skandinavien wahrgenommen werden konnte, und auch bei uns in Mitteldeutschland einen Abglanz auf den Nachthimmel warf, war von starken Erdströmungen begleitet, die den telegraphischen Verkehr stark beeinflußt und teilweise vollkommen unmöglich gemacht haben. Besonders war die Verbindung mit Berlin durch diese Erdströmungen sehr erschwert, die nach Mitteilung der Telegraphenstationen zeitweise eine Stärke von 40 Milliampere erreichten. Da bereits eine Stromstärke von 15 Milliampere das Telegraphieren hindert, läßt sich leicht ermessen, wie der telegraphische Betrieb durch diese Erdströmungen gestört worden ist.

Beibehaltung der Zwangsimpfungen. Wie auf Grund eines Runderlasses des Ministers für Volkswohlfahrt mitgeteilt wird, ist die von Impfgegnern verbreitete Nachricht, daß Zwangsimpfungen und insbesondere auch Vorführungen hierzu in Zukunft unterbleiben sollen, unrichtig. Es wurde allerdings der einstimmigen Meinung darüber Ausdruck gegeben, es sei auf die Eltern der Impflinge nach Möglichkeit dahin einzuwirken, daß sie ihre Kinder freiwillig impfen lassen und auf diese Weise Zwangsmaßnahmen vermeiden. Sind diese jedoch nicht zu umgehen, so sollen sie unter Ausschluß unnötiger Härten zielsicher durchgeführt werden.

Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. Das Verzeichnis der der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft angehörigen Betriebsunternehmer mit Beitragsberechnung liegt vom 4.—18. Februar d. Js. zur Einsicht der Beteiligten im Rathaus 1 Treppe, Zimmer aus. Einsprüche gegen die Beitragsberechnung können innerhalb zwei Wochen nach Ablauf der Auslegefrist beim hiesigen Stadtausschusse angebracht werden. Einsprüche gegen die Festsetzung des Grundsteuerbetrages und die Veranlagung zu den Beitragsstufen sind jedoch nicht mehr möglich. Die Verpflichtung zur fristmäßigen Zahlung der ausgeschriebenen Beiträge wird durch den Einspruch nicht berührt.

Was zur Anmeldung einer Aufwertung genügt. Zur Wirksamkeit der Anmeldung bedarf es nach einem Gutachten des Kammergerichts nur der rechtzeitigen Anmeldung des Anspruchs. Es genügt, daß der Anspruch hinreichend bestimmt wird. Dazu gehört nichts weiter, als daß der Gläubiger die Hypothek und das Grundstück bezeichnet und dabei irgendwie zum Ausdruck bringt, daß er Aufwertung beansprucht. Nur wenn zum Beispiel das Grundstück oder die Hypothek nicht bezeichnet ist, müssen die Angaben ergänzt werden. Unterbleibt die Ergänzung, so darf die Aufwertungsstelle die Anmeldung nicht zurückweisen. Diese ist überhaupt nicht befugt, die Anmeldung oder den Anspruch zurückzuweisen oder sich unzulässig zu erklären. Sie hat keine entscheidende Tätigkeit.

Die Gebührensätze für die Benutzung des städtischen Krankenautos werden im heutigen Anzeigenteil veröffentlicht.

Auf dem heutigen Wochenmarkt ging es recht gemütlich zu. Man ließ sich Zeit und genoß das schöne Wetter. Es wäre nur zu wünschen, daß die Preise für manche Waren angesichts der guten Witterung ebenso schnell sinken, wie sie bei dem Frostwetter stiegen. Das gilt besonders für die Eier, die bei den Bauernfrauen immer noch 19 Pfg. kosten. Nur eine hiesige Händlerin verkauft ihre zwar kleinen, aber frischen Eier mit 13 Pfg. das Stück. Auch für die Butter wird immer noch 1—1,10 Mark verlangt. An Gemüse gab es: Weißkohl für 12 bis 25 Pfg., Rotkohl und Wirsingkohl für

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0002

35 Pfg., bei 2 Pfund sonst 15 und 20 Pfg., Grünkohl 15 bis 20 Pfg., Rosenkohl 50—60 Pfg., Blumenkohl von 50 Pfg. an — er war ebenfalls teurer geworden — Sellerie für 15 bis 30 Pfg., Mohrrüben für 10 bis 15 Pfg., Kohlrüben für 12 bis 15 Pfg., Zwiebeln für 10 bis 12 Pfg., Spinat für 15 und 20 Pfennig. Der Apfelsinensegen war recht reichlich bemessen. Die Preise dafür halten sich auf der gleichen Höhe: 2 Pfund 45 Pfg., das Stück 5 bis 15 Pfg., Blutapfelsinen das Pfund 35 Pfg., Mandarinen 50 Pfennig.

Wetteraussichten. Für das mittlere Norddeutschland: Fortdauernd mild, bei wechselnder Bewölkung nur geringe Regenwahrscheinlichkeit. — Für ganz Deutschland: Ueberall mild, im Westen Regenfälle, im Osten trocken.

*

Meuschau. Grundstücksverkauf. Das Grundstück des Landwirts Gustav Mittag ist durch Kauf in den Besitz des Landwirts Arthur Kissing aus Runstedt übergegangen K. hat die Wirtschaft am 15. Januar übernommen.

*

Zweckverband Leuna.

Neurossen. Ein Verräter. Wie gemeldet wird, hatte ein Ingenieur der Leunawerke der chemischen Industrie in Amerika das Verfahren zur Herstellung von künstlichem Stickstoff verraten. Nunmehr hat die Reichsregierung auf diplomatischem Wege die Verhaftung des Ingenieurs erwirkt Der amerikanischen Industrie ist die Ausnutzung des Verfahrens untersagt worden.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Aus unserer Nachbarstadt Halle.

Strafverfahren gegen den Volksbeauftragten Barth. Der ehemalige Volksbeauftragte Emil Barth hatte bekanntlich in einer öffentlichen Versammlung den Reichspräsidenten v. Hindenburg, die preußische Regierung und das preußische Justizministerium in gröblichster Weise beleidigt. Das gegen Barth eingeleitete Verfahren wegen Verstoßes gegen das Gesetz zum Schutze der Republik wurde von der Reichsanwaltschaft der Oberstaatsanwaltschaft in Halle überwiesen, die die Voruntersuchung bereits abgeschlossen hat. Reichspräsident Hindenburg ist nunmehr ersucht worden, gegen Barth einen Strafantrag zu stellen.

Unbekannte Tote. Zwischen der Jahnhöhle und der Schneidemühle wurde eine etwa 65 Jahre alte Frau aus der Saale gezogen. Nach der unter ihrer Schürze befindlichen Handtasche dürfte die Tote, deren Personalien völlig unbekannt sind, eine Handelsfrau sein.

Die Milch wird teurer. Der Milchpreis wird in Halle ab kommenden Montag von 30 auf 32 Pfennig pro Liter erhöht.

*

Glänzender Verlauf der Spergauer Lichtmeß.

Spergau, 3. Febr. Wollte man mit dem Fest, dessen Ursprung wahrscheinlich in graue Vorzeit zurückreicht, die Ankunft des Frühlings begrüßen, wie einige Gelehrte meinen, oder galt das Vermummen, Schlagen, Lärmmachen usw. der Austreibung böser Dämonen, wie andere meinen? — Die Spergauer Jugend machte sich jedenfalls darüber kein Kopfzerbrechen und feierte das Fest in althergebrachter Weise durch Umzug, Tanz, Trunk und Schmaus und so auch in diesem Jahre wieder. Ueber die Bräuche des Festes ist bereits in einem ausführlichen Aufsatze berichtet worden. Durch das schöne Wetter waren viele Gäste herbeigezogen worden, man bemerkte auch darunter Vertreter des Provinzialmuseums, des Provinziallandbundes, selbst der Mann mit der Kurbelkiste fehlte nicht. Da das Fest auch diesmal wieder in seltener Einmütigkeit alle Bevölkerungskreise des Ortes vereinigte, ist schon aus diesem Grunde die Erhaltung des Festes zu wünschen. Erfreulich wäre jedoch, wenn die junge Generation den Mut aufbrächte, so manches Unerfreuliche, was sich im Laufe der Zeit eingeschlichen hat, wieder zu entfernen.

Selbstmord im Zuge.

Dürrenberg, 3. Febr. Im Zuge zwischen Corbetha und Dürrenberg wurde der Kaufmann K. aus Weißenfels erhängt aufgefunden. Schwere wirtschaftliche Sorgen scheinen den Bedauernswerten zu seinem Schritt veranlaßt zu haben. Er hinterläßt Frau und Kinder.

Schwerer Raubüberfall.

Stedten b. Eisleben, 3. Febr. In der Nacht zum Montag wurde der Zeitungsträger Scharf aus Arnsdorf auf dem Feldwege überfallen, geschlagen und gestochen, so daß er bewußtlos liegen blieb. Völlig entkleidet und seiner Sachen beraubt, wurde Sch. erst am anderen Morgen gefunden. Er hatte mehrere Messerstiche am Kopfe und am Körper, sowie andere Verletzungen. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus überführt. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Tollnitz b. Halle. Verhaftet wurde gestern der hiesige Gemeindesekretär Jantzen. Dem Vernehmen nach soll sich der Verhaftete Unregelmäßigkeiten haben zuschulden kommen lassen.

Duerfurt. Feueralarm versetzte die Einwohner unserer Stadt in Aufregung. Bald stellte es sich aber heraus, daß es sich um einen blinden Alarm gehandelt hatte. Auf Veranlassung des Feuerlöschdirektors der Provinz Sachsen fand eine Uebung der hiesigen Feuerwehren statt, die ein befriedigendes Ergebnis hatte. Die Wehrleute waren rasch zur Stelle und konnten bald das angenommene Brandobjekt in Angriff nehmen.

Schkeuditz. Straßenpflasterung. Die zur Pflasterung der Straße Schkeuditz—Dölzig (innerhalb des Stadtwaldes) erforderlichen Gelder sind jetzt bewilligt. Mit dem Bau wird möglichst bald begonnen werden, sobald das Wetter es erlaubt. Die Arbeiten sollen schon in den nächsten Tagen vergeben werden.

Weißenfels. Motorradunfall. In der Klosterstraße verlor ein junger Mann die Gewalt über sein Bewegen Motorrad. Er geriet auf den Bürgersteig und fuhr in ein Schaufenster, wobei die Scheibe zertrümmert wurde. Glücklicherweise ist weiter kein Schaden entstanden, doch hätte es leicht schlimmer werden können, da gerade an dieser Stelle gerne von Kindern gespielt wird.

Eisleben. Protest gegen das Reichsknappschaftsgesetz. Eine von über 1000 Bergbauangestellten besuchte Versammlung nahm nach einem Vortrag des Dr. Herwegan-Berlin über das Reichsknappschaftsgesetz eine Entschließung an, in der dagegen protestiert wird, daß die Beratungen der Novelle zum Reichsknappschaftsgesetz dazu benutzt werden sollen, noch wesentliche Verschlechterungen in das Gesetz hinein zu arbeiten, daß das Gesetz kaum im Stande ist, eine Sicherung gegen die besonderen Gefahren des bergmännischen Berufs zu bieten. Die Versammelten erwarten vom sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages und der Regierung, daß sie nur Beschlüsse ihre Zustimmung gebe, die das Reichsknappschaftsgesetz als leistungsfähige Sonderversicherung der Bergbaubeschäftigten erhält.

Eisleben. Wem gehören die Lutherhäuser? Die vor einigen Wochen durch die deutsche Presse gegangene Nachricht, daß die Lutherhäuser in Eisleben mit Hilfe der Regierung an die evangelische Landeskirche übereignet seien, eilt den Tatsachen mindestens voraus. Es ist aber in allseitigem Interesse zu wünschen, daß die Verhandlungen der beteiligten staatlichen, kirchlichen und gemeindlichen Stellen bald zu einem befriedigenden Ergebnis kommt; denn die gesamte evangelische Welt muß Wert darauf legen, daß die evangelische Landeskirche in irgend einer Form Pflegerin dieser wichtigen geschichtlichen Stätten wird, die mit Dr. Martin Luther und seinem Lebenszweck zusammenhängen.

Eisleben. Provinzial-Kirchenmusikfest. Eine Vorstandssitzung des Ausschusses für Provinzial-Kirchenmusik und Kirchenkunst beschloß, das diesjährige Provinzial-Kirchenmusikfest vom 11.—13. April in Eisleben abzuhalten. Das für das Musikfest in Aussicht genommene Programm wurde bereits festgelegt.

Hornburg b. Eisleben. Mord oder Selbstmord. Am Sonntag nachmittag wurde der Arbeiter Franz Hartung an einem Baum tot aufgefunden. Er hatte eine aus stärkeren Birkseilen gefertigte Schlinge um den Hals und trug eine schußartige Wunde in der Stirn. Bis jetzt konnte noch nicht festgestellt werden, ob Mord oder Selbstmord vorliegt. Hartung stand im Alter von 30 Jahren und galt allgemein als ruhiger Mensch.

Aus dem Reiche.

Aus der Reichshauptstadt.

Verhaftung eines Hoteldiebes. In einem Berliner Hotel fiel ein jungen Mann auf, der reichlich Geld ausgab und keiner Beschäftigung nachzugehen schien. Er schlief bis in den Mittag hinein und kehrte fast jede Nacht in angeheiterten Zustande in das Hotel zurück. Am Montag fiel dem Hotelpersonal auf, daß der Gast in ganz unnatürlicher Weise zugenommen hatte: denn sein Leibesumfang hatte sich fast verdoppelt. Der Pförtner veranlaßte den jungen Mann, seinen Mantel auszuziehen und stellte bei der Gelegenheit fest, daß er darunter zwei Damenpelze trug. Der Angabe, daß er sie von einem Unbekannten gekauft habe, schenkte man natürlich keinen Glauben und übergab den eigenartigen Gast der Polizei. Diese stellte fest, daß man es mit dem 26 Jahre alten Otto Blaschke zu tun hatte, der aus dem Zuchthaus entwichen war und wegen verschiedener schwerer Verbrechen, so auch wegen Kirchenraubs und Brandstiftung, gesucht wird.

Das Drama eines Brautpaares. Die siebzehnjährige Gertrud Mems aus Zeitz und der zweiundzwanzigjährige Elektrotechniker Erich Fischtau aus Gera waren zu ihrem Onkel nach Berlin auf Besuch gekommen. In der Nacht zum Dienstag vernahm man aus dem Zimmer, das den Besuch beherbergte, kurz hintereinander zwei Revolverschüsse. Man fand beim Nachsehen beide tot auf dem Boden liegend vor. Der junge Mann hatte seine Braut erschossen und sich dann selbst eine Kugel in den Kopf gejagt. Das Motiv des Selbstmordes ist wahrscheinlich in einem Familienzerwürfnis zu suchen.

Großer Pelzdiebstahl. In einem Pelzwarengeschäft wurden nachts Pelze im Werte von über 100 000 Mark gestohlen.

*

Marokkanische Deserteure im Harzgebiet.

Osterode, 3. Febr. Drei Marokkaner wurden in des hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Sie waren in der Donnerstag Nacht in Bad Lautenberg festgenommen. Es handelt sich um Deserteure der französischen Besatzungstruppen aus Bonn, Mainz und Wiesbaden. Die Flüchtlinge wollten nach der Türkei. Bemerkenswert sind die Aeußerungen der Schwarzen, daß sie desertiert seien wegen schlechter Behandlung im französischen Heere und weil sie nicht gegen ihre Landsleute in Marokko kämpfen wollten. Etwa 3—4000 farbige Soldaten seien allein aus diesem Grunde in letzter Zeit fahnenflüchtig geworden.

Mörderischer Ueberfall.

Cochem, 3. Febr. Abends drangen mehrere maskierte Männer in die Schloßgärtnerei ein und schlugen den Gärtner Hansen mit einem schweren Hammer nieder. Dann mißhandelten die Eindringlinge die Frau des Gärtners und verletzten sie schwer an beiden Augen. Auch ein Lehrling Hansens wurde durch Messerstiche verletzt. Hansen ist seinen Verletzungen bereits erlegen; seine Frau liegt hoffnungslos darnieder. Der Grund zu dem Ueberfall ist nicht bekannt; auch über die Täter konnte noch nichts ermittelt werden.

Cöthen. Von einem Jagdaufseher erschossen. In dem Dorfe Cörmick erschoß der Jagdaufseher Luther den Arbeiter Reichelt aus Gerlebogk. Reichelt wurde von dem Jagdaufseher in einer Scheune aufgespürt und, weil er sich angeblich zur Wehr gesetzt hatte, von dem Beamten niedergeschossen. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung eingeleitet.

Jena. Vom Auto totgefahren. Das sechs Jahre alte Töchterchen des Polizeioberwachtmeisters Bode wurde am Dienstagnachmittag von einem Auto überfahren und so schwer verletzt, daß es kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus verstarb. Dem Autofführer trifft keine Schuld.

Letzte Depeschen

Eigene Radiomeldungen.

Zum Konflikt bei der Reichsbahn.

Berlin, 3. Februar. In dem Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichsbahn ist die Frage aufgeworfen worden, ob das Reichsbahngericht in dem vorliegenden Fall überhaupt zuständig ist. — Wie die „T.-U." von zuständiger Seite erfährt, steht die Reichsregierung auf dem Standpunkt, daß das Gericht selbst über die Frage seiner Zuständigkeit zu entscheiden habe und daß die Entscheidung des Gerichts abzuwarten ist. Der Standpunkt der Reichsbahngesellschaft in dieser Angelegenheit ist der, daß es sich weniger um das Streitobjekt von 20 Millionen handelt, da die Reichsbahn bei einer Verbindlichkeit des Schiedsspruches belassen würden, sondern um die grundsätzliche Frage, ob die Reichsbahn verpflichtet ist, die Verbindlichkeit eines Schiedsspruches anzuerkennen. Gegenüber anderen Auslassungen ist die Reichsbahn der Ansicht, daß in dieser grundsätzlichen, zur Entscheidung stehenden Frage tatsächlich nur die Reichsregierung der Gegner ist.

Die deutsch-französischen Verhandlungen.

London, 3. Febr. Nach Meinung des Pariser Sonderberichterstatters des „Daily Herald" macht die deutsch-französische Verständigung trotz des Widerstandes der französischen Militärbürokratie Fortschritte. Die Grundlage der Annäherung bestehe in einem

Austausch finanzieller Vorteile gegen politische.

Frankreich werde seinerseits einer Herabminderung der Rheinlandarmee und, möglicherweise, sogar die Räumung eines Teils der zweiten Zone zustimmen, falls Deutschland seinen Widerspruch gegen einen Verkauf der deutschen Eisenbahnobligationen aufgebe. Ferner würde, wie der Berichterstatter hinzufügt, zur Zeit noch eine Reihe von anderen Fragen behandelt, darunter der Rücktritt des französischen Vorsitzenden der Saarregierung, Raoult, sowie die Frage der Rückgabe der Bergwerke im Saargebiet. Dafür verlange angeblich die französische Regierung einen Betrag von 390 Millionen, während Deutschland nur zweihundert Millionen anbiete. Man nehme an, daß der von Deutschland zu zahlende Betrag etwa 250 Millionen sein werde.

Zusammentritt des Fememord-Ausschusses.

Berlin, 3. Febr. Der Ausschuß des Reichstages zur Untersuchung der Feme-Organisationen und Fememorde trat heute unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Schetter (Zentr.) zu seiner ersten Sitzung zusammen. Heute soll zunächst der Arbeitsplan beraten werden. Es wurde beschlossen, den Vorsitzenden zu beauftragen, zwecks Beschaffung des Materials mit den Ministern des Reiches und der Länder in Verbindung zu treten und dem Ausschuß möglichst bald das herbeigeschaffte Material vorzulegen, insbesondere die Akten über die rechtskräftigen Verurteilungen und die eingestellten Verfahren. Der Ausschuß vertagte sich dann bis auf weiteres.

Amerika öffnet seine Kriegsarchive.

Washington, 3. Febr. Der amerikanische Senat hatte im Februar vorigen Jahres beschlossen, die Kongreßbibliothek in Washington zu beauftragen, alle verfügbaren Dokumente und sonstige Quellen über den Ursprung und die Ursachen des Weltkrieges für den Senatsgebrauch zusammenzufassen und dem Senat vorzulegen. Der umfangreiche Band, zu dessen Herstellung auch deutsche Quellen benutzt wurden, dürfte dem Senat bereits heute zugehen.

Plauen. Folgenschwerer Zusammenstoß. Auf der Elsterberger Landstraße fuhr ein Auto aus Berga unweit der Plauener Stadtgrenze von hinten in ein mit Langholz beladenes Fuhrwerk eines Elsterberger Baumeisters. Dabei wurde das Auto, das sich vollständig festgefahren hatte, zertrümmert und dem Besitzer des Autos, Max Edelmann, die Brust durchstoßen, so daß er in bedenklichem Zustande nach Plauen geschafft werden mußte.

Dresden. Anschlag auf die geschiedene Ehefrau. Der 48 jährige Kaufmann Otto Sittig versuchte seine gleichalterige geschiedene Ehefrau zu erschießen. Im Verlauf eines Streites, bei dem Sittig von der Frau angeblich mit einem Beil bedroht worden ist, gab er mehrere Schüsse auf sie ab, von denen indessen nur einer die Frau in den Kopf unterhalb des Auges traf. Sittig wurde in Haft genommen.

Chemnitz. Eine Spielhölle ausgehoben. Die hiesige Kriminalpolizei hob eine Spielhölle in der Sonnenstraße aus. 16 Personen, die „Meine Tante — Deine Tante" spielten, wurden verhaftet.

Riesa. Das Drama einer Mutter. Die Frau des Kutschers R. sprang hier mit ihrem kleinen Kinde in selbstmörderischer Absicht in die Fluten der Elbe. Der Vorgang war aber von Passanten beobachtet worden, welche eiligst Hilfe herbeiholten. Es gelang dann, die Frau und das Kind herauszuziehen. Wiederbelebungsversuche hatten bei ihr Erfolg, während das Kind bereits tot war.

Potsdam. Der Fall Bothmer. Gestern vormittag 10 Uhr war die Gräfin Elinor v. Bothmer zur Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter, Landgerichtsrat Ungewitter, geladen, und zwar wegen ihres demnächst stattfindenden Urkundenfälschungsprozesses. Die Gräfin, die kurze Zeit auf dem Gerichtskorridor war, sah sehr erholt und elegant aus. Wann der Prozeß stattfinden wird, steht noch nicht fest. Am 9. Februar findet der Ehescheidungstermin vor der Zivilkammer in Potsdam statt.

Kottbus. Bei einem Stubenbrand erstickt. In einem Hause der Wilhelmstraße brach aus nicht bekannter Ursache ein Stubenbrand aus, bei dem die 46 jährige Witwe Elker erstickte.

Aus aller Welt.

— **Ein eigenartiger Verein.** In Großwardein ist ein Verein gegründet worden, dessen Mitglieder sich schriftlich verpflichten müssen, sich vor Ablauf eines Jahres einer Blinddarm-Operation zu unterziehen, auch wenn keine Blinddarmerkrankung vorliegt. Es handelt sich um die grundsätzliche Beseitigung des wurmartigen Fortsatzes am Blinddarm. Die Operationskosten trägt der Klub. Ueber die Reihenfolge, in der sich die Mitglieder der Operation zu unterziehen haben, entscheidet das Los.

— **Eine Erdnußölfabrik niedergebrannt.** Ein Großfeuer zerstörte hier eine einem Chineten gehörige Erdnußölfabrik. Große Vorräte an Erdnüssen und Oel wurden zerstört. Der gesamte Sachschaden wird auf 50 000 Pfund Sterling geschätzt.

— **Karneval mit tragischem Abschluß.** Eine Ehefrau in Paris, die von einer Karnevalsfeier heimkehrte, lehnte sich, weil ihr infolge des genossenen Alkohols schlecht wurde, aus dem Fenster ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung. Dabei bekam sie das Uebergewicht und stürzte auf die Straße. Sie erlitt so schwere Verletzungen, daß sie auf der Stelle starb. — In derselben Nacht wurde ein Vater mit seiner Tochter, die ebenfalls vom Karneval kamen, von einem Auto überfahren. Beide wurden schwerverletzt ins Hospital geschafft, wo der Mann kurz nach der Einlieferung starb.

Stadttheater Halle.

Donnerstag, 7,30 Uhr. 21. Vorstellung für Donnerstag-Stammkarten. Der Mazurka-Oberst. Komische Oper in drei Akten von Albert Lortzing.

Freitag, 7,30 Uhr. 21. Vorstellung für Freitag-Stammkarten. Ein Walzertraum. Operette in drei Akten von Oskar Strauß.

Sonnabend, 7,30 Uhr. Einmaliges Gastspiel Alexander Moissi mit eigenem Ensemble. Heinrich IV. von Luigi Pirandello.

Sonntag, 11,00 Uhr. Oeffentliche Hauptprobe zum 6. Städt. Sinfonie-Konzert.

Sonntag, 3,00 Uhr. Familie Hannemann. Schwank in drei Aufzügen von Max Reimann und Otto Schartz.

Sonntag, 7,30 Uhr. Ein Walzertraum. Operette in drei Akten von Oskar Strauß.

Montag, 7,30 Uhr. 6. Städt. Sinfonie-Konzert.

Herausgeber: Ludwig Balz.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil einschl. der Bilderbeilagen: Karl Zeuch. Sport und Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0003

Immer und nur **Rahma**-buttergleich
MARGARINE

Gebührensätze
für die Benutzung des Krankenkraftwagens der Stadt Merseburg.

Punkt 1.

An Grundgebühren sind zu zahlen, selbst dann wenn die Beförderung nicht durchgeführt, der Wagen aber zur Verfügung gestellt war:

1. Für die Beförderung einer Person innerhalb des Stadtkreises . . . . . 5,— RM
2. Für die Beförderung einer Person von und nach einem Orte außerhalb des Stadtkreises je km 1,20 RM mindestens jedoch 10,— RM
   (zu 1 und 2):
   dazu Kosten für das Personal nach der Anzahl der Stunden, je Stunde u. Mann 1,— RM
   (zu 2):
   Die Kilometer werden vom Standort des Krankenwagens an gerechnet. Angefangene Kilometer werden voll gerechnet Die Leerfahrt **nach** Ausführung des Transportes wird **nicht** berechnet.
3. Wird der Wagen zu einer Beförderung nach mehreren Bestimmungsorten benutzt, so erhöht sich die Grundgebühr
   a) innerhalb des Stadtkreises für jeden Bestimmungsort um . . . . 3,— RM
   b) außerhalb des Stadtkreises verbleibt es bei der oben zu 2 festgesetzten Berechnung.

Dem Stadtkreis werden wegen der Höhe der Gebühren nach 1—3 gleichgestellt die Gemeinden Skopau, Meuschau, Benenien, Leuna und Neu-Rössen.

Punkt 2

An Zuschlägen zu den Grundgebühren werden erhoben:

1. bei Wartezeit von mehr als ¼ Stunde nach dem angegebenen Zeitpunkt, außer bei Abholungen von dem Bahnhofe, für jede angefangene ¼ Stunde ein Zuschlag von 1,— RM
2. bei gleichzeitiger Beförderung mehrerer kranker Personen für die 2. sowie jede weitere Person ein Zuschlag von je 50 v. H. der Grundgebühr, wenn die Ueberführung vom gleichen Orte nach einem gemeinsamen Bestimmungsorte erfolgt. Kommen dabei mehrere Zahlungspflichtige in Betracht, so zahlt jeder den nach der Zahl der Beförderten aus dem Gesamtbetrage auf ihn entfallenden Kostenanteil, sofern von allen Zahlungspflichtigen bei Ausführung der Beförderung Zahlung erfolgt;
3. bei Mitnahme von Begleitpersonen ein Aufschlag von 25 % auf die Grundgebühr je Person;
4. bei Fahrten, die nach 7 Uhr abends beendet oder vor 7 Uhr morgens angetreten werden, sowie für Fahrten an Sonntagen und gesetzlichen Feiertagen ein Zuschlag zu der Grundgebühr und den Personalkosten von 50 %.

Punkt 3.

Diese Gebührenordnung kann durch Gemeindebeschluß geändert werden, wenn die gemäß diesen Bestimmungen eingehenden Gebühren nicht ausreichen um die Selbstkosten für den Krankenwagen einschl. Unterhaltungskosten und angemessener Rücklagen zu decken.

Punkt 4.

Diese Gebührenordnung tritt mit dem Tage nach ihrer Verkündigung in Kraft.

Merseburg, den 5. Januar 1926.

IV. 112/25. **Der Magistrat.**
gez. Hertzog, Dr. Trumpler.

Veröffentlicht!
vorbehaltlich der Genehmigung des Bezirksausschusses.

Merseburg, den 3. Februar 1926.

II. 2263/25. **Der Magistrat.**

Technikum Mittweida
Programm vom Sekretariat des Technikums Mittweida VS.

Städtischer Krankenkraftwagen.

Der städtische Krankenkraftwagen ist fahrbereit. Er kann von Jedermann, auch zu Fahrten außerhalb des Stadtgebietes, gegen Zahlung der in der Gebührenordnung festgesetzten Gebühren in Anspruch genommen werden.

Der Krankenkraftwagen steht im städtischen Feuerwehrdepot Haliesche Straße 19b.

Anmeldungen sind zu jeder Tages- u. Nachtzeit an das Feuerwehrdepot Fernsprechnummer 555 zu richten.

Merseburg, den 3. Februar 1926.

II. 2263/25. **Der Magistrat.**

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Merseburg.

Gemäß Verordnung vom 21. Januar 1926 — Reichsgesetzblatt Teil I vom 29. Januar 1926 — sind Angestellte und Angestellte, die auf Grund des Angestelltenversicherungsgesetzes, jedoch nicht nach der Reichsversicherungsordnung für den Fall der Krankheit pflichtversichert sind, beitragspflichtig zur Erwerbslosenfürsorge und zwar **mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab** Bei der Berechnung der Beiträge wird die obere Grenze der Krankenversicherungspflicht als wirklicher Arbeitsverdienst zugrunde gelegt; **z. Zt. betragen daher die Beiträge wöchentlich insgesamt = 1,58 RM.** Die Beiträge sind an die Krankenkasse zu entrichten, bei der die Angestellten für den Fall der Krankheit pflichtversichert wären, wenn ihr Arbeitsverdienst nicht über die Grenze der Krankenversicherungspflicht hinausginge.

Arbeitgeber, die Angestellte der genannten Art beschäftigen, haben dies unverzüglich der unterzeichneten Kasse zu melden. Hierzu sind bis auf weiteres die Anmeldeformulare der Krankenkasse zu verwenden. Dieselben sind als Meldungen zur Erwerbslosenfürsorge besonders zu kennzeichnen. Endet das Beschäftigungsverhältnis oder wird die obere Verdienstgrenze über Versicherungspflicht in der Angestelltenversicherung überschritten, so ist der Angestellte abzumelden. Die Beiträge sind bis zum Eingang der vorschriftsmäßigen Abmeldung fortzuentrichten.

Merseburg, den 1. Februar 1926.

Der Vorstand.
Hennig, Vorsitzender.

Naturwissenschaftlicher Filmvortragsabend

über die

Schädlingsbekämpfung im Garten und die Geflügeltuberkulose

am Freitag, den 5. Februar 1926 in der Turnhalle der Siedlungsschule Neu-Rössen bei freiem Eintritt für die Siedler veranstaltet vom

Verein für Gartenbau und Kleintierzucht e. V. Neu-Rössen

Domgymnasium.

Freitag, den 5. Februar, 5 Uhr nachm.

Vortrag

des Herrn Pastor Heil-Schkopau mit Lichtbildern über:

„Erinnerungen an Deutsch-Ostafrika".

Die Eltern der Schüler, alle Freunde und Gönner der Anstalt sind dazu eingeladen.

Theaterverein Merseburg e. V.

Gastspiel des Residenztheaters Weimar
im Tivoli, Mittwoch, den 10. Febr. 1926
3½ Uhr nachmittags
Großes Kindermärchen

Aschenbrödel od. der goldene Pantoffel

Märchen in 6 Bildern von Görner.

Preise der Plätze: 1. Platz 0,75 — 2. Platz 0,50
Vorverkauf ab Mittwoch, den 3. Febr. 1926 in der Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondent.

Färberei und chem. Reinigung
Schalk, Oelgrube 13
reinigt Ihre **Frühjahrsgarderobe**
schnell — — sauber — — billigst.

Die Merseburger Druck- u. Verlags-Anstalt L. Baltz
liefert
Hauptgeschäftsstelle Hälterstraße 4
Filiale Gotthardtstr. 38 (Halb. Mond)
Fernsprecher
100 und 101
*
Drucksachen aller Art
ein- und mehrfarbige Rundschreiben, Preislisten
Briefbogen, Mitteilungen, Umschläge, Formulare
Karteikarten, Programme, Familiendrucksachen
Geschäftskarten, Broschüren, illustr. Zeitschriften

Auto- und Kutschwagen-Lackierungen
in heizbaren Räumen bei
Karl Matthies, Malermeister
Telephon 106 Merseburg Teichstraße 25
Modern eingerichtete Lackierwerkstätte
Ausführung sämtlicher Malerarbeiten
:-: Kostenlose Besuche und Anschläge :-:

Familiennachrichten.

Gestorben: Schuhfabrik. Otto Grau, Weißenfels; Hermann Ködel, Burgwerben, 54 Jahre; August Kliche, Weißenfels, 69 J.; B. Gutjahr, Weißenfels, 25 Jahre; Frau Emilie Kriehme geborene Nagel, Schkeuditz, 50 J.; Berta Riese geb. Trautmann, Querfurt, 36 Jahre.

Wiesen-Heu (lose u. drahtgepreßt, Klee-Heu, Luzerne-Heu in besten Qualitäten offeriert in Ladungen nach allen Stationen Ernst Hoenig, Rauhfutter-Großhandlung; Gera-Reuß, Fernr. 251.

Ein älteres Frl. mit guten Zeugnissen sucht Stellung als
Haus- oder Küchenmädchen.
Zu erfragen in der Exp. des Blattes.

Suche sofort
Grundbesitz
einen welch. Art, städt. oder ländl. evtl. auch Geschäft oder Landwirtschaft. **Reinhold Schulze, Magdeburg,** Sternstr. 2.

Bei Industr., Behörden, Mühlen u. sonst. Betr. eingeführte
rührige Vertreter
für erstklass. Treibriemen-Konservierungsmittel geg.
hohe Prov.
gef. Angeb. an **Aug. Moser, Döbeln,** u. LD 3254 erbet

Richard Lots · Merseburg
Fernsprecher 20 — Gegründet 1844 — Burgstraße 5/7
Wegen bevorstehenden Umbaues verkaufe ich die vorhandenen Bestände zu außergewöhnlich vorteilhaften Preisen
Räumungs-Verkauf
für kunstgewerbliche Gegenstände
Bis 10. Februar gewähre ich auf die bereits herabgesetzten Preise einen besonderen Nachlaß, zum Teil bis zu
20 Prozent
Beachten Sie meine Schaufenster!
Besuchen Sie unverbindlich meine Ausstellungsräume!
Besonderes Angebot in Briefpapieren und Lederwaren
Besonderes Angebot in gerahmten Bildern und Bilderrahmen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 28 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 3. Februar 1926.

Soll Ostpreußen gehalten werden oder nicht?

Die immer weiter fortschreitende Krise in der ostpreußischen Landwirtschaft, aber auch in der gesamten Wirtschaft, und die Erörterung der Frage, ob der vom Reich abgetrennten Provinz bei der Einleitung einer Hilfsaktion eine Sonderstellung gegenüber anderen Provinzen von Reichs- und Staatsbehörden gewährt werden soll, läuft — wie auch in einer Denkschrift an die verantwortlichen Stellen gesagt worden ist — darauf hinaus, ob Ostpreußen gehalten werden soll oder nicht.

Tatsächlich ist der Extensivierungsprozeß in der ostpreußischen Landwirtschaft in vollem Gange. Im Oktober 1925 betrug die kurzfristige Verschuldung der ostpreußischen Landwirte 200 Millionen Mark. In den letzten Jahren ist die Getreideanbaufläche derart vermindert worden, daß eine ungefähre Ernteminderung von bis fünf Millionen Zentnern erfolgt ist. Besonders zu beachten ist weiter, daß der Kunstdüngerverbrauch in Ostpreußen auf die Hälfte der Vorkriegszeit zurückgegangen ist.

Eine Katastrophe der ostpreußischen Wirtschaft, die durch einen Zusammenbruch der Landwirtschaft herbeigeführt wurde, müßte gleichzeitig bedeuten, daß Ostpreußen seine Aufgaben auch in kultureller und nationaler Hinsicht nicht mehr erfüllen könnte. Eine wirtschaftlich gesicherte Grundlage ist die Voraussetzung für das feste Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen Ost und West, ist der beste Schutz gegen die Einflüsterungen einer fremden Agitation, die sich in der Provinz immer mehr ausbreitet. Es muß eben verlangt werden, daß Ostpreußen bei einer Hilfsaktion über den Rahmen der allgemeinen Maßnahmen hinaus eine Sonderbehandlung erfährt, weil sie auch Sonderlasten zu tragen hat gegenüber anderen Gebieten. Es sei hier nur daran erinnert, daß sich aus der entlegenen Lage der Provinz eine jährliche Mehrbelastung der ostpreußischen Landwirte allein an Frachten von 15 Millionen ergibt.

Es würde auch für die Landwirtschaft keine Rettung aus der gegenwärtigen Krise bedeuten, wenn lediglich weitere Kredite gewährt oder die laufenden kurzfristigen Verpflichtungen in langfristige umgewandelt würden. Es sind gerade die hohen Zinsen und die Zahlungen aus Wechselverbindlichkeiten, die den Landwirt so schwer belasten und den Erlös der Ernte in vielen Fällen von vornherein mit Beschlag belegen. Leider ist die Landwirtschaft gezwungen, immer neue Kredite aufzunehmen, um das erforderliche Betriebskapital zu erhalten, aber die Hauptforderung der Landwirte gipfelt doch darin, daß für die Ernteerzeugnisse Preise erzielt werden, die, wenn auch nur um ein Geringes, über den Produktionskosten liegen. Gegenwärtig liegen die Preise der landwirtschaftlichen Haupterzeugnisse zum Teil unter, zu einem Teil auf dem Stand der Vorkriegszeit, während die Kosten für landwirtschaftliche Produktionskosten sich fast ausnahmslos ganz erheblich über dem Vorkriegsstand bewegen. Nur durch Beseitigung dieses Mißverhältnisses der Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse und landwirtschaftlicher Produktionsmittel ist eine durchgreifende Hilfe und ein Aufhalten des Niederganges der Landwirtschaft möglich. Von der Lösung dieser grundlegenden Frage, die auch in das Gebiet der deutschen Zollpolitik eingreift, durch die verantwortlichen Stellen wird es abhängen, ob für den Landwirt wieder eine geordnete Wirtschaftsmöglichkeit geschaffen wird.

Indessen ist der ostpreußische Landwirt keineswegs gewillt, sich ohne weiteres von den widrigen Zeitverhältnissen unterkriegen zu lassen. Er hat den Mut zur Armut aufgebracht, er hat auch den Mut, durch Arbeit aus der Armut wieder herauszukommen, wenn ihm nicht durch verständnislose Maßnahmen der verantwortlichen Stellen der Weg verbaut wird.

Deutschland und Skandinavien.

Das deutsch-dänische Verhältnis. Ein Wort an einen schwedischen Kritiker. Adolf Gregori, Rendsburg.

Gelegentlich tauchen schwedische Stimmen, namentlich in dem Dänemark benachbarten Südschweden auf, die sich in kritischer Weise mit den deutsch-skandinavischen Beziehungen im Hinblick auf das deutsch-dänische Verhältnis beschäftigen. Der kritische Maßstab pflegt angelegt zu werden an die deutsch-dänische Grenzfrage und kulturelle Angelegenheiten des Grenzgebiets. Und die Schlußfolgerung pflegt in der Regel zugunsten Dänemarks zu lauten.

Das hat nicht zuletzt seinen Grund darin, daß die dänische Agitation eifrig tätig war und ist, um das Nachbarland Schweden in ihrem Sinne zu beeinflussen, was das Verhältnis Dänemerks zu Deutschland betrifft. Eine neue und akute Seite hat dieses Verhältnis ja durch die Rolle Dänemarks als Nutznießen am Versailler Vertrag erhalten.

Ich verkenne nicht, daß sich heute noch ein Teil der öffentlichen Meinung Deutschlands die deutsch-schwedischen Beziehungen rein gefühls- und stimmungsmäßig ohne Kenntnis kritischer Beimischung schwedischerseits vor Augen führt. Gewiß besteht im Fundament ein verhältnismäßig recht freundliches, man möchte am liebsten sagen: freundschaftliches Verhältnis des deutschen Volkes zum schwedischen. Wir gehören beide der germanischen Rasse an, seit Jahrhunderten sind die Waffen zwischen Deutschen und Schweden versenkt, wir stärken uns an der um frohe Helle, geistige Weite, treues und tiefsinniges Versenken in eigenes Volk und Land bemühten schwedischen Kultur, wir teilen mit Schweden das Gestade der Ostsee, und kulturelle, wirtschaftliche und sonstige Angelegenheiten spielen in reichem Maße von Volk zu Volk. Die Schweden ihrerseits können und werden diese Tatsachen nicht verleugnen — und wir sind insofern noch die moralischen Schuldner der Schweden, als wir es nicht vergessen haben, daß, als eine Welt in Waffen und Verhetzung gegen uns stand, gerade Schweden sich der ritterlichen Gesinnung gegen das in Not geratene Deutschland seine Ritterlichkeit in Gesinnung und Tat fühlen zu lassen.

All dies kann uns wohlgemut stimmen, wir brauchen uns auch keineswegs traglich zu sorgen um die von den natürlichen Verhältnissen beeinflußten Grundlagen der deutsch-schwedischen Beziehungen. Doch eine nüchterne Realpolitik darf kritische, vornehmlich an die Schleswig-Frage anknüpfende Stimmen nicht überhören und nicht versäumen, dazu Stellung zu nehmen.

Neuerdings ist es der schwedische Redakteur Agnar Söderberg in Karlshamm (Südschweden), der das deutsch-skandinavische Verhältnis in einem Aufsatz „Die Deutschen und wir" kritisch behandelt. Einleitend gibt Söderberg zu, daß sich sehr ausgebreitete Sympathien für Deutschland in Schweden fänden, aber es scheine sich leider nicht eine entsprechende Kenntnis über das deutsche Volk zu finden. Dieses Mißverhältnis, das zu Gesichten führen könne, sei der Anlaß zu seinem Aufsatz: man müsse ja seine Freunde kennen. Nach Ausführungen über Verhältnisse im Grenzgebiet schließt der Schwede mit der Hervorhebung, daß er gern ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und dem Norden sähe. Aber es gehe deutscherseits nicht an, dänenfeindliche Politik zu treiben und gleichzeitig Schweden die Cour zu machen. Die Dänen ständen den Schweden näher als die Deutschen, und man wisse, daß der Zusammenhalt eine Lebensnotwendigkeit für die nordischen Länder sei. Das habe die Geschichte gelehrt, und man wünsche, daß auch die Deutschen von der Geschichte lernen möchten.

Bei dieser Skizzierung des Inhaltes des Söderbergschen Aufsatzes stütze ich mich auf Teilveröffentlichungen in der dänischen Presse. Und aus der „Baltischen Presse", einem deutschgeschriebenen, polnische Politik langlerenden Blatt in Danzig, ersehe ich, daß sich Söderberg in weiteren Ausführungen ergangen hat, die sich teils auf Geschichte, teils auf vergleichende Volkskunde und teils auf politische bzw. wirtschaftspolitische Ereignisse und persönlich erlebte Vorkommnisse aus neuerer Zeit beziehen. Diese Darstellungen erscheinen aber unwesentlich, verglichen mit der von dem deutsch-dänischen Verhältnis ausgehenden Sonde, charakterisieren sich zum Teil auch als weitergeholt oder schief und enthalten ferner vor nüchterner Politik zerstiebende Belanglosigkeiten wie z. B. die, eine deutsche Lehrerin habe einmal ganz offenherzig zu ihm (Söderberg) gesagt: „Wir Deutsche sehen ein wenig herab auf die Schweden", und ein Superintendent, großer Schwedenfreund, habe ihm die Frage gestellt: „Wie wäre es, wenn die Schweden Deutsch als Muttersprache annähmen?" Wie sehr, habe der betreffende Deutsche gemeint, werde das zur gegenseitigen Annäherung beitragen!

Man kann sich nur wundern, daß Herr Söderberg solche kleinen unmaßgeblichen Begebenheiten, die sich ernsthafter Anschauung wirklich als Belanglosigkeiten erweisen, in den Kreis seiner politischen Betrachtungen rückt. Wenn er damit, wie es den Anschein hat, vermeintlichen Hochmut gegen die Schweden treffen will, so sei ihm gesagt, daß es bei allen Deutschen, die einen auf Sentiments gegründeten Ueberschwang, so oder so, nicht lieben, nur die Gefühle großer Achtung sind, die sie vor den Schweden haben, aber nicht Gefühle des Hochmuts.

Aus den als wesentlich charakterisierten Ausführungen des schwedischen Publizisten hebt sich also die Tatsache hervor, daß man in Schweden geneigt ist, in der deutsch-dänischen Auseinandersetzung den dänischen Standpunkt einzunehmen. Das ist heute zu nicht mehr neu, bleibt aber beachtenswert! Söderberg aber ist Einseitigkeit und Befangenheit nachzusagen, wenn er behauptet, die Deutschen zeigten die Tendenz, die anderen skandinavischen Völker in der deutsch-dänischen Frage gegen die Dänen „auszuspielen".

Dem ist nicht so! Wenn wir uns publizistisch bemühen, die Schweden das deutsch-dänische Verhältnis auch vom deutschen Standpunkt sehen zu lassen, so liegt es erlaubter Weise auf dem Gebiete, auf dem uns die Dänen zuvorgekommen sind und hat mit der massiven, auf Intrigantenhaftes zielende Bezeichnung „ausspielen" nichts zu tun. Den skandinavischen Zusammenhalt zu stören, liegt den Deutschen, die die Verhältnisse kennen und denen gute Beziehungen zum gesamten Skandinavien am Herzen liegen, vollständig fern.

Was die kulturellen Verhältnisse der dänischen Minderheit südlich der Grenze betrifft, wobei vorzugsweise an das Gebiet der Schule zu denken ist, so möchte man Herrn Söderberg nahelegen, freimütig und unvoreingenommen sein Augenmerk auch derjenigen deutschen und namentlich schleswig-holsteinischen Bewegung zu schenken, die auf eine fortschrittliche Regelung seit längerem drängt und schließlich in ihrer überwiegenden Mehrheit den Gedanken der Kulturselbstverwaltung vertritt, den sich die meisten nationalen Minderheiten Europas zu eigen gemacht haben, und der sich demnach in nicht schlechter Gesellschaft befindet.

Auch das gehört zur Objektivität, die das genannte, für Deutschland nicht eben in Liebe brennende polenfreundliche Blatt in Danzig Herrn Söderberg nachrühmt. Man möchte wünschen, daß schwedische Kritiker sich auch über den deutschen Standpunkt unterrichten, mit der Bereitwilligkeit, die vornehme Naturen auszeichnet, mit der Ritterlichkeit, die immer als Bestandteil schwedischen Wesens galt. Ich glaube, daß die „Kritiker" dann die deutsch-dänische „Frage" mit etwas anderen Augen sehen werden.

Versiegelte Lippen.

29] Roman von A. M. Alten.

Wiemanns Zeitungs-Verlag, Berlin W. 66. 1924.

Der alte Baron nickte ein paarmal wohlgefällig nach den jungen vergnügten Dingern hinüber, und als man aufgestanden war und in dem großen Salon mit den prachtvollen Empremöbeln starken Kaffee aus wunderzarten Täßchen trank, winkte er die jungen Mädchen zu sich und unterhielt sich lebhaft mit ihnen.

Immer wieder blieb dabei sein Blick auf Marie-Luise haften, so daß sogar Lore es merkte und nachher ganz eifersüchtig sagte:

„Immer hat er dich angeschaut."

Enno Boysen markierte den korrekten Gesellschafter und fühlte sich einigermaßen zu langweilen, und erleichtert zu sein, als man aufbrach.

Es war noch ziemlich früh, aber Amtmann Ostwald kannte die Gewohnheiten des alten Herrn genau.

„Nun geht der Trubel los", sagte Lore vergnügt, als sie oben in der Stube waren, die die beiden Mädchen miteinander teilten. „Besuche macht ja der alte Baron nicht, seiner Gicht halber. Da kommt die ganze Umgegend zu ihm, es gibt alle paar Tage irgend eine Festlichkeit. Und für die Jugend gibt er ein ganz großes Fest im Park mit prachtvollen Ueberraschungen, da ist nichts zu schön und zu teuer. Papa sagt, der alte Herr sei ein Lebenskünstler gewesen, und wenn er einigermaßen wohl sei, dann komme das noch immer zum Vorschein. Gott, Marie-Luise, wenn wir nur eine von seinen Millionen hätten, wir wollten auch Lebenskünstler sein, nicht?"

„Ich habe gar nicht gewußt, daß du so geldgierig bist, Lore."

Die Kleine seufzte.

„Geld ist doch was schönes, besonders wenn man's hat."

Dagegen konnte nun Marie-Luise nichts einwenden.

Aber Lore tröstete sich schon wieder selbst.

„Ach, wer weiß, wieviele von seinen Millionen der alte Herr davon gäbe, wenn er nochmals achtzehn Jahre sein könnte! Uebrigens, Marie-Luise, was ich dich fragen wollte, hast du denn etwas mit Klaus gehabt?"

Marie-Luise beugte sich tief über ihren Toilettenkasten, in dem sie gerade kramte, um ihre Verwirrung zu verbergen.

„Ich mit Klaus?" sagte sie, „daß ich nicht wüßte."

„Na, das ist doch sonderbar. Du weißt, am fünfzehnten Juli fangen doch die Gerichtsferien an, Papa wollte etwas mit ihm besprechen, da schreibt er ihm nach Berlin, er möge doch gleich, wenn er zu Hause sei, herkommen, und daß du auch hier bist, schrieb er, denn das schien ihm noch eine besondere Anziehungskraft zu sein. Und denke dir, da hat er allerhand Ausreden gemacht, und erst, als Papa ihm schrieb, daß es durchaus nötig sei, daß er komme, hat er zugesagt. Findest du das nicht merkwürdig?"

Marie-Luise hatte ihren äußeren Gleichmut wiedergefunden.

„Wer weiß, was im Wege war", sagte sie ruhig. „Jedenfalls sind wir gute Freunde, wie immer. Die Kinderzeit ist ja freilich vorbei."

„Und nun läßt Papa ihn doch übermorgen abholen und zwei Tage soll er wohl hierbleiben. Papa hat allerhand mit ihm zu bearbeiten und das dauert immer etwas länger."

Marie-Luise wußte nicht, ob es mehr Freude oder Schreck war, was sie bei der Neuigkeit empfand, daß Klaus kommen würde. So sehr sie sich danach sehnte, ihn wiederzusehen, der Gedanke, daß er ihr wieder mit der Zurückhaltung begegnen würde, die er sich zur Grundsatz gemacht zu haben schien, bedrückte sie und machte sie traurig. Und was würden Ostwalds sagen?

Die ganze Zeit am Tage seiner Ankunft war sie in zitternder Erwartung, und schon lange, ehe der Wagen, der ihn geholt hatte, überhaupt zurück sein konnte, stand sie wartend hinter ihrem Fenster. Als er ausstieg, spähte sie fast angstvoll nach seinem Gesicht. Sie sah, wie sein Blick prüfend über die Fensterreihen flog, wußte er doch ganz genau die Fenster ihres Zimmers. Es schien ihr, als ob er bleicher und magerer geworden sei. Und als er in der Tür verschwunden war, hätte sie am liebsten geweint, um ihr schweres Herz ein wenig zu erleichtern und drängte gewaltsam die Tränen zurück, damit ihr niemand nachher etwas ansehen könne.

Und das war gut, denn einige Minuten später hämmerte bereits Lore ungeduldig und verwundert an der Zimmertür, die sie verschlossen hatte.

„Warum hast du dich denn eingeschlossen, Marie-Luise? Mach doch auf!" Und dann betrachtete sie neugierig die Freundin. „Du, Klaus ist ja eben gekommen: Warum warst du nicht unten und schließt dich hier oben ein?"

Marie-Luise redete sich mit Kopfschmerzen aus. Sie habe sich ein wenig aufs Bett gelegt und sei eingeduselt.

Aber Lore glaubte ihr nur halb.

Während sie sie dann fast gewaltsam nach unten zog, hatte Marie-Luise Zeit, sich zu fassen und begrüßte mit Gelassenheit Klaus, der ebenso erregt war, wie sie selber. Sie merkte das gut genug, obgleich auch er es sorgfältig zu verbergen strebte. Sie fühlte, daß seine Hand zitterte und sah, daß seine Augen einen eigenen Glanz hatten. Ein heißes Gefühl stieg in ihr auf, er liebte sie doch mit ganzer Seele, das fühlte sie in diesem Augenblick deutlich. Und es war ihr, als könne sie jetzt eher seine äußere Kühle ertragen. Darum fand sie auch ihre alte Unbefangenheit schneller wieder als er, der sich gewaltsam dazu zwingen mußte.

Der Abend verging im Familienkreis sehr heiter, obgleich Enno Boysen den Gast mit auffälliger Kühle begrüßte und behandelte, was aber nur zur Folge hatte, daß Lore ihn desto auffälliger auszeichnete.

Klaus war aber doch stiller als sonst und Marie-Luise merkte wohl, daß er heimlich beobachtete. Aber was? Und wen? Enno Boysen? Dazu hatte er doch wirklich keine Veranlassung, wenigstens gab ihm Marie-Luise keine.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0005

Das baltische Kräftefeld.

Von Dr. U. Baron Freytag-Loringhofen.

Geopolitischen Betrachtungen wohnt naturgemäß ein irrationales Moment inne. Schon allein der schnelle Wechsel rein volkswirtschaftlicher Begebenheiten läßt, beispielsweise bei dem heutigen Fortschritt der Verkehrsmöglichkeiten, eine nur rationale Wertung internationaler Beziehungen unvollkommen erscheinen. Insbesondere, wo es sich um die maritime Geltung von Anliegerstaaten handelt, tritt das irrationale Moment zutage und erheischt, wie im Fall der Mare clausum-Frage des Baltischen Meeres, Berücksichtigung.

Die heutige Konstellation gleicht nur entfernt derjenigen des Jahres 1908 als am 10. bis 23. April die Signatarmächte Deutschland, Rußland, Schweden und Dänemark das Ostseeabkommen abschlossen. Mit der Selbstverständlichkeit, die ihre Berechtigung aus den technischen Möglichkeiten des Ostseeverkehrs schöpfte, wurde die Kollektivgarantie bezüglich des Status quo der an die Ostsee grenzenden Gebiete übernommen. Das auf den engen Kreis der Signatare beschränkte Interesse ließ selbst die genaue Abgrenzung der geschützten Territorien unwesentlich erscheinen. Handelspolitische Gesichtspunkte waren nur insofern zu berücksichtigen, als es das Konkurrenzverhältnis zwischen den Signatarmächten erheischte.

Heute zählt das Gesicht der Ostsee bereits neun Anliegerstaaten: Deutschland, Polen, Litauen, Lettland, Estland, Sowjet-Rußland, Finnland, Schweden und Dänemark. Das baltische Kräftefeld ist erweitert worden: Zur geographischen Spannung trat die erhöhte politische. Die exklusive Behandlung der Binnenmeerfrage ist nicht mehr möglich: das Kräfteverhältnis der Ostseestaaten ist zur gesamteuropäischen Angelegenheit geworden. Dank einer verbesserten Schiffahrtstechnik und der durch Art. 386 des Versailler Vertrags erfolgten Oeffnung des Kieler Kanals für den Verkehr der Kriegs- und Handelsschiffe aller mit Deutschland in Frieden lebenden Nationen ist auch den europäischen Westmächten die Möglichkeit erfolgreichen Konkurrierens auf den östlichen Märkten gegeben. Den Existenzkampf des deutschen Osthandels kreuzt englisch-französischer Wettbewerb. Amerikanische, belgische und holländische Unternehmen suchen auf dem Wege über den Osthandel Investierungsmöglichkeiten für überschüssige Kapitalien. Die Aufteilung des baltischen Küstengestades, die man füglich als eine Atomisierung staatlicher Machtfaktore bezeichnen könnte, hat eine entsprechende Kräfteverschiebung zur Folge gehabt und eine Anzahl neuer Sonderbestrebungen gezeitigt, die für außerhalb der geographischen Spannung stehende Mächte willkommene Angriffspunkte realpolitischer Aktionen sind.

Was den augenblicklichen Status innerhalb dieses baltischen Kräftefeldes anbetrifft, so treten aus der Gesamtheit scharf umrissen zwei große Interessentengruppen hervor: diejenigen Staaten, deren Belangen der heutige Zustand nicht entspricht und die ihn daher nach Kräften abzuändern versuchen müssen; die zweite Gruppe umfaßt alle die Anlieger, deren Streben nach baltischem Gestade durch die Neuordnung der Verhältnisse saturiert worden ist oder denen sie keine Einbuße des bisherigen Besitzes brachte. Zu dieser Gruppe wird man, nächst Schweden und Dänemark, die baltischen Kleinstaaten zu rechnen haben. In krassem Gegensatz zu der Beharrungstendenz dieser Machtgruppierung stehen die motorischen Energien der staatlichen Lebenswillen Deutschlands, Rußlands und Polens. Rußland, auf dessen Kosten die Besitzverteilung der östlichen Ufer erfolgte und das seinen einzigen eisfreien Hafen verlor, kann bei fortschreitender Konsolidierung seiner innerpolitischen Verhältnisse seinem Anspruch auf Anliegerschaft immer stärkeren Nachdruck verleihen. Mit dem gleichen Recht wird Deutschland auf den ungeschmälerten Besitz seiner Ostseeküste bestehen können. Diese politische Linie kreuzt die Wünsche Polens, dessen Machtstreben mit der Besitzergreifung der Korridormündung noch lange nicht befriedigt ist: polnische Aspirationen decken den Küstenstreifen von Riga bis Stettin. Auf diesem Boden fußt einerseits die Rivalität zwischen Polen und Deutschland, zwischen Litauen, Lettland und Polen — andererseits. In bezug auf die baltischen Ostsähfen, welche für Polen von Belang wären, ist es bei den heutigen Verhältnissen noch verfrüht, von einem russisch-polnischen Gegensatz zu sprechen, wohl aber dürfte die Abgrenzung der Interessensphären bereits der Gegenstand eingehender Beratungen gewesen sein.

Gegenüber diesen großen Kraftlinien politischer Kursrichtung wären die Beharrungsversuche der baltischen kleinstaatlichen Außenpolitik kaum in Anrechnung zu bringen, wenn sich durch sie nicht ebenso viel Angriffspunkte für außerhalb des Kreises stehende Mächte bieten würden. Nicht die Existenz an sich, sondern die Schwäche dieser Kleinstaaten bietet die Möglichkeit, daß wir heute von einem labilen Gleichgewicht innerhalb des baltischen Kräftefeldes sprechen können. Aus der Erkenntnis dieser Sachlage wurde der Gedanke des Randstaatenbundes geboren und seine Verwirklichung angestrebt. Seinem Wesen nach bedeutet er ein Ausweichen vor der immer näher rückenden Entscheidung einer definitiven politischen Kurswahl, einen Versuch, der Umklammerung durch die Großmächte Deutschland und Rußland zu entgehen. Es ist heute offenkundig, daß der ursprüngliche Optimismus dieser Kleinstaaten in bezug auf die künftigen Machtverhältnisse im baltischen Raum einem ausgesprochenen Anlehnungsbedürfnis Platz zu machen beginnt. An die Stelle der atomisierenden Tendenzen der jungen Nationalstaatengründungen soll nunmehr der Gedanke einer Kollektivgarantie des neuen Status quo treten. Seit dem Auftauchen des Bundesplanes haben daher auch die Bemühungen eingesetzt, Finnland und Polen für die gemeinsame Sache zu gewinnen. Die unzweideutige Ablehnung Finnlands anläßlich der Helsingforser Konferenz ließ nur noch den Weg einer Verständigung mit Polen offen. Doch auch hier hat sich Anlieger- und Nachbarschaft als ein starkes Hindernis für die Verständigung erwiesen. Zwischen das Einvernehmen der baltischen Staaten drängt sich der litauisch-polnische Gegensatz, der Präsedenzfall des Einmarsches Zeligowskis in Litauen, die noch immer nicht erledigte Wilnafrage. Auch die Erfahrungen in bezug auf Memel dürften der litauischen Regierung Anlaß gegeben haben, sich der Bindungen an Polen zu entziehen, die ja gleichzeitig eine Anerkennung französischer Kuratel bedeuten würden. Nur Estland hat unbehindert durch Grenzstreite und Rivalität den Gedanken eines Randstaatenbundes unter der Führung Polens und Frankreichs weiterspinnen können. Der neuerdings erfolgte Rücktritt des estländischen Außenministers Pusta, eines eifrigen Verfechters dieser Politik, bedeutet nun aber den Zusammenbruch des Bundesplanes — in seiner ursprünglichen Gestalt und eine deutliche Absage an die Adresse Frankreichs. Somit dürfte ein Dominium mare baltici unter diesem Protektorat für die Randstaaten vorläufig nicht mehr in Frage kommen.

Es entspricht der englischen politischen Tradition, Probleme heranreifen zu lassen und in der Zwischenzeit die Vorbereitungen für den Moment des Eingreifens zu treffen. Seit der Beendigung des Krieges sehen wir den Ausbau der englischen Einflußsphäre im Osten fortschreiten. Ausgedehnte Handelsbeziehungen und beträchtliche Investierungen englischen Kapitals im Baltikum rechtfertigen bereits heute Englands Interesse an diesem Gebiet und seinen großen Häfen, den Einfalltoren in das russische Hinterland. Da die englische Admiralität noch in diesem Jahre sich im Prinzip für die Formierung und den Unterhalt einer baltischen Flotteneinheit aussprach und bald darauf das nicht verstummende Gerücht über die Schaffung einer englischen Flottenbasis auf der Insel Oesel in Deutschland und in den Randstaaten Tagesgespräch wurde, so wird man zu der Annahme berechtigt sein, daß in absehbarer Zeit eine englische Eskadre als zehnter Machtfaktor an den baltischen Gestaden in Erscheinung tritt. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, gewinnt die estländische Neuorientierung eine größere Bedeutung, da sie für die Randstaaten der Beginn eines allgemeinen Werbens um englischen Schutz und Rückhalt sein dürfte. Es läge dazu um so mehr Veranlassung vor, als die europäische Rundreise Tschitscherins über Warschau, Berlin und Paris gewiß schon an sich einen diplomatischen Erfolg bedeutete und eine wesentlich veränderte politische Situation schaffen könnte. Zudem beginnen sich in Estland, trotz der im vorigen Jahre erfolgten Unterdrückung des Putsches in Reval, erneut bolschewistische Kräfte zu regen.

Aber neben diesen staatlichen und ökonomischen Erwägungen spricht noch ein anderer nicht zu unterschätzender Faktor bei der Lösung baltischer Fragen mit — das Nationalitätenproblem. Finnland, Litauen und Polen haben dank ihrer natürlichen Bevölkerungsvermehrung und der Möglichkeit, sich erfolgreich gegen einen unerwünschten Konkurs östlicher Einwanderer zu erwehren, unmittelbar noch keine Entnationalisierung ihrer Staatsvölker zu befürchten. Dagegen sind Estland und insbesondere Lettland mit ihrer fast stationären, schwachen indigenen Bevölkerung der Gefahr einer nationalen Ueberfremdung ausgesetzt. Auch hier grassiert das estnischerstischen französischen Musters. Trotz rigoroser Absperrungsmaßnahmen hat sich seit der kurzfristigen Existenz dieser Staaten das zahlenmäßige Verhältnis der aus dem Osten zugewanderten Personen in bezug auf die einheimische Bevölkerung wesentlich zuungunsten der letzteren verschoben. Nun wäre es zwar naheliegend, durch die Oeffnung der westlichen Grenzen einer deutschen Einwanderung die Wege zu ebnen und durch eine solche Stärkung des seit Jahrhunderten in den Ostseeländern ansässigen Stammes der Deutsch-Balten eine wirksame Schutzwehr gegen den andringenden Osten zu errichten. Aber gegen eine solche Schicksalsentscheidung auf dem Wege des Kompromisses sträubt sich sowohl das estnische wie das lettische Nationalempfinden. Man sieht noch immer das Heil in der Bekämpfung dieser nationalen Minderheit, nicht in dem Versuch, sie für den staatlichen Gedanken zu gewinnen.

Wie die Türkei betrogen werden sollte.

Ein Kapitel zur russischen Meerengenpolitik.

Der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände, Berlin, schreibt uns:

Eine der Haupttriebfedern, die zur Entfesselung des Weltkrieges geführt haben, war das Ziel der russischen Außenpolitik auf Einverleibung Konstantinopels und der Meerengen. Sasonow, der ehemalige russische Außenminister, hat dies kürzlich abzuleugnen versucht und zum Beweis das offizielle russische Orangebuch über die Verhandlungen der Ententemächte mit der Türkei vom 1. August bis 2. November 1914 herangezogen. Aus diesem geht tatsächlich hervor, daß Rußland und seine Verbündeten, England und Frankreich, der Türkei vor Eintritt in den Krieg an der Seite der Zentralmächte für die Neutralität die Unverletzlichkeit ihres Gebietes garantierten und außerdem in eine Neurege-

---

Kreuzworträtsel.

Skizze von Friedrich Porges-Wien.

Es trat die erwartete Stockung im Gespräch ein. Vom Wetter, von den täglichen Gewohnheiten, vom Beruf, vom Interesse am Sport, von nahen und entfernten Verwandten hatte man schon gesprochen. Welches Thema blieb den beiden übrig, die ihre erste Zusammenkunft am kleinen Kaffeehaustisch vollzogen? Auf der Marmorplatte lag noch die diskrete weiße Nelke, die er als Erkennungszeichen im Knopfloch getragen. Und die rote Schärpe auf ihrem Hut leuchtete immer noch wie ein Signal. Haltzeichen, die dem „nicht mehr ungewöhnlichen Weg" erste Etappe abstecken.

Herbert Diesenkamp, der Herr in den besten Jahren, der eine „Frau von besonderer Herzens- und allgemeiner Bildung" suchte, und Adeline Gußrich, die Dame, die die Bekanntschaft eines gutgestellten Mannes mit „Vermögen Nebensache" zu machen wünschte, saßen wie zwei schüchterne Kinder da, die sich beobachtet wissen, oder die eben erst Spielbekanntschaft geschlossen.

Es war eigentlich der Zeitpunkt, in dem die eine wie der andere schon einen Blick tiefer, sei es nun in die Seele oder in das Gehirn des Gegenübers nun wollte. Ein Wunsch, dem die Erfüllung vielleicht nicht mehr gar so ferne lag. Man brauchte bloß den richtigen Anstoß zu geben ... Das aber war ja gerade das Schwierige. Wie nun wieder beginnen?

Da nahm er in seiner Verlegenheit eine Zeitschrift, die der Kellner auf den Stuhl gelegt, zur Hand. Und blätterte darin. Obwohl sich das gar nicht schickte in Gesellschaft einer Dame von Bildung. Aber Diesenkamp tat es gedankenlos ... Bis es nach einem zufälligen Blick in die Seiten der Zeitung plötzlich wie Erleuchtung über ihn kam.

„Lösen Sie gerne Kreuzworträtsel?" fragte er.

Sie war beflissen, rasch und freundlich Antwort zu geben. „Oh, doch, doch —" entgegnete sie, obgleich es schien, als käme diese ihre Beteuerung nicht aus den Gefilden der Aufrichtigkeit.

Er aber zückte auch schon den Bleistift. Und begann mit der Verlesung der Fragenreihe.

„Senkrecht eins. Ein römischer Kaiser!" las er und sah seine Partnerin fragend an.

„Ein römischer Kaiser? ..." stammelte sie und gab sich gleich darauf den Anschein, als dächte sie mit übermenschlicher Anstrengung nach.

Er lächelte. Dann leierte er:

„Augustus, Nero, Caesar, Vespasian, Antonius, Titus ..."

Titus paßte mit seinen fünf Buchstaben in die weiße Karo-Kolonne.

Und Diesenkamp schob die Zeitschrift und sich selbst recht nahe an Adeline heran. Und sie konnte sehen, wie er die Buchstaben T J T U S fein säuberlich einzeichnete.

„Einer der fünf Erdteile!" Und wieder sah er Adeline fragend, fast schon forschend und wie ein Lehrer prüfend an.

„Fünf — ach so — fünf Erdteile ..." wiederholte sie recht hilflos.

„Das ist doch kinderleicht!" lachte er. „Wir wollen doch einmal primitivstes geographisches Wissen rekapitulieren. Also die Erdteile sind ...?"

Und er schwieg. Adeline errötete so tief wie der Sonnenball, der über des Nils Gewässern aufsteigt. Aber sie wußte trotzdem nichts von Afrika, Australien, Asien ...

Ueber Diesenkamps Nasenwurzel bauten sich zwei dunkle Falten.

„Asien, Afrika ..." sagte er dann vor sich hin und zählte der Reihe nach die Namen auf, bis er Europa als richtig befand.

Nun beeilte sich Adeline, geistesgegenwärtig, wie Frauen nun einmal sind, die Position des Fragers zu gewinnen.

„Vorteilhafte Eigenschaft des Mannes (Eigenschaftswort)," verlas sie.

Und Diesenkamp, bereits wieder der Nußknackeraufgabe dienend, begann zu raten. Zu raten, als wäre nichts vorgefallen.

„Vorteilhafte Eigenschaft?" und lächelte beziehungsvoll. „Vorteilhafte .... des Mannes. Na, sagen wir: behutsam. Mit „sam" scheint es ja zu enden. Oder genügsam. Oder aber sparsam ..."

„Eine vorteilhafte Eigenschaft!" betonte sie.

„Ja, ja — eben: sparsam!" wiederholte er.

Adelines Gesicht ward unmerklich länger.

Es paßte weder sparsam, noch genügsam, und man ging zu den nächsten Rubriken über.

„Stärke der Frau" hieß es da. Diesenkamps Blick war Frage.

Adeline dachte nach.

„Wenn es ein kurzes Wort dafür als Ausdruck gäbe .... So sich die Frau richtig und schön anzukleiden versteht, das ist ihre Stärke ..."

„So! Ach so!" Es war ein etwas starres Lächeln, das sich auf Diesenkamps Lippen setzte.

„Oder — vielleicht hab' ich es?! — die Koketterie!"

„Hm?"

„Oder — oder — die Energie ..."

„Sie meinen das Beharren auf dem eigenen Willen um jeden Preis ..."

„So etwas, ja! Oder ihre Großzügigkeit ..."

„Sie meinen Leichtsinn?"

„Nicht doch!" lenkte sie ein. Und weil sie eine Beunruhigung in seinen Zügen zu bemerken glaubte, beeilte sie sich, Weiteres vorzulesen: „Große Banknote!"

„Hundertmarkschein — sicher!" entschied er.

Sie sah ihn deutlich degoutiert von der Seite an.

„Große Banknote, heißt es doch. Also wahrscheinlich Tausender!!"

Sie hatte es erraten. „Tausender" stimmte zum Rätsel.

Aber zwischen den beiden stimmte nun irgendetwas nicht ...

Diesenkamp las sehr mechanisch.

Plötzlich aber, und mit der strengen Stimme des zu scharfer Prüfung entschlossenen Examinators — fragte er:

„Wissen Sie den Namen eines deutschen Klassikers mit sechs Buchstaben, wahrscheinlich einem Umlaut an zweiter Stelle, eines Dichters, der im Freiheitskrieg anno 1813 fiel?"

Sie heftete ihren Blick auf die Kreuzworträtselzeichnung, als ob von dort Antwort kommen sollte.

„Das wissen Sie nicht?" fragte Diesenkamp fast schroff. „Und hier — der Ort, an dem Schiller und Goethe jahrelang gemeinsam lebten ..."

Schweigen.

„Und hier: Fremdwort für Erzieher? — Und hier: die Muse der Dichtkunst? — — Und hier: der Erfinder des Dynamits? — — Und hier: das Fremdwort für Zweifel, Unentschiedenheit?"

Die Fragen knallten wie Flintenschüsse.

Adeline duckte sich.

Dann, als sie Diesenkamps stechende Augen auf sich gerichtet fühlte, entschloß sie sich, den Mund aufzutun.

„Dynamit ...? Nein! Aber — aber das Fremdwort für Zweifel —" Und sie sprach sehr leise: „das — das heißt natürlich Diagramm ..."

— — — —

Zwei Briefe, sehr knapp gehaltene Briefe, passierten in den folgenden Tagen die Postbestellämter. — Der eine lautete:

„Mein Fräulein, da ich Ihr Diagramm nicht zu einem Dilemma werden lassen will, so bitte ich Sie, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich von dem Plan, eine Frau wie Sie zu heiraten, abgekommen bin. Ich habe in meinem Inserat nicht nur Herzensbildung (siehe auch Ihre Ansichten über die „Stärke der Frau"), sondern ebenso Bildung verlangt. Ich bin dem Zufall dankbar, der mir so rasch Aufklärung brachte. Hochachtungsvoll Herbert Diesenkamp."

In dem zweiten Brief hieß es:

„Auch ich bin zu der Erkenntnis gekommen, daß, obzwar Vermögen Nebensache ist, ein Mann, der einen Hundertmarkschein für die große Banknote hält und dessen vorteilhafteste Eigenschaft die Sparsamkeit ist, also das Knausern, nicht mein Lebensgefährte werden kann. Im übrigen bin ich dem Erfinder der Kreuzworträtsel unendlich dankbar und von jetzt ab eine begeisterte Anhängerin des Zeitvertreibs der Rätsellösung. Ich weiß sogar schon den Ort, in dem Schiller und Goethe — ein Freund hat es mir gesagt — gemeinsam lebten: in ihren gesammelten Werken. Und einer der fünf Erdteile ist der, wo der Pfeffer wächst und wohin Sie hochachtungsvoll wünscht Adeline Gußrich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0006

lung der der Türkei aufgezwungenen Kapitulationen (Sondergerichtsbarkeit über Ausländer) einwilligten. In diesem sogenannten zweiten Orangebuch fehlen jedoch die Urkunden bzw. sind in den wiedergegebenen die Teile weggelassen, die den eigentlichen Sinn dieser Angebote wiedergeben. Dafür zwei Beispiele:

Weggelassen ist das Telegramm Iswolskis an Sasonow vom 29. Juli/11. August 1914, wonach der französische Außenminister Doumergue dem russischen Botschafter in Paris erklärte, „daß es sehr wünschenswert wäre, die Türkei dadurch zu beruhigen, daß wir ihr anbieten, die Integrität ihres Territoriums zu garantieren. Nach Doumergues Ansicht würde uns dies nicht weiter hindern, bei Beendigung des Krieges die Meerengenfrage in dem von uns gewünschten Sinne zu lösen."

Ausgelassen ist ferner in dem Telegramm Sasonows vom 8./21. August 1914 an die Botschafter in Paris und London betreffend die Frage der Kapitulationen der Satz: „Wenn die Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, unseren Standpunkt teilt, so können wir in der Frage der Kapitulationen den Türken eine Formel vorschlagen, die ihrem Ehrgeiz eine mehr scheinbare als wesentliche Befriedigung geben würde."

Der Sinn der Angebote war also ein glatter Täuschungsversuch. Es wird noch offenbarer, wenn wir die 33 ausgelassenen und die 4 beträchtlich gefürzten Urkunden betrachten, die in dem dieser Tage im Verlag für Kulturpolitik in Berlin erscheinenden neuen Werk von Friedrich Stieve enthalten sind, das nunmehr dieses gefälschte russische Orangebuch in seiner Ungekürztheit wiedergibt. (Das russische Orangebuch über den Kriegsausbruch mit der Türkei. Seine Fälschung über das Garantieangebot der Ententemächte an die ottomanische Regierung. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Friedrich Stieve.)

Aus Stadt und Umgebung

Die Steuerbelastung im Verhältnis zur Einwohnerzahl.

Die statistische Abteilung des Preußischen Städtetages hat neuerdings eine aufschlußreiche Aufstellung herausgegeben, die über die Steuerbelastung der preußischen Stadtkreise im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl genau Auskunft gibt. Die Statistik umfaßt sämtliche Steuereinnahmen des Haushaltsjahres 1925, die den 115 kreisfreien Städten aus den Reichssteuern, den Landessteuern, den Reichssteuern, ferner aus den indirekten Steuern zufließen. Sie stellt dann das Ergebnis in einer besonderen Spalte zusammen, mit welchem Gesamtsteuerbetrag in den einzelnen Stadtkreisen der Kopf der Bevölkerung belastet ist.

Die Stadt, die je Kopf am höchsten belastet ist, ist Wiesbaden mit 83,30 RM., es folgen Köln mit 78,10 RM., München-Gladbach mit 76,20 RM., Cassel mit 75,70 RM., Düsseldorf mit 75,50 RM. Die Stadt, die am geringsten belastet ist, ist der Stadtkreis Allenstein in Ostpreußen, in welchem ein Einwohner im Durchschnitt mit 33,10 RM. belastet ist, es folgen Brieg mit 34,60 RM., Neisse mit 35,50 RM., Stolp mit 38,00 RM., Naumburg mit 39,30 RM. Für Berlin beträgt die Belastung 71,90 RM.

In den kreisfreien Städten der Provinz Sachsen, deren Zahlen uns besonders interessieren, stellt sich die steuerliche Belastung je Kopf der Einwohner wie folgt dar:

Aschersleben	67,50 RM.
Burg	54,10 „
Eisleben	48,80 „
Erfurt	55,80 „
Halberstadt	64,50 „
Halle a. S.	56,70 „
Magdeburg	68,50 „
Merseburg	**46,20** „
Mühlhausen i. Th.	54,40 „
Naumburg a. S.	39,30 „
Nordhausen	69,30 „
Quedlinburg	55,80 „
Stendal	50,10 „
Weißenfels a. S.	59,30 „
Wittenberg	48,80 „
Zeitz	61,80 „

Die Durchschnittsbelastung für die Stadtkreise ganz Preußens beträgt 63,10. Merseburg ist demnach weit unter dem Durchschnitt mit 46,20 pro Kopf der Bevölkerung.

*

Die Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter.

Die Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter waren bisher von jedem Arbeitgeber nach Ablauf des Kalenderjahres für sämtliche von ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeiter auszufertigen. Diese Ueberweisungsblätter fallen künftig grundsätzlich fort. Nur noch für diejenigen Arbeitnehmer, die nicht in demselben Orte wohnen, in dem die Betriebsstätte liegt, sind besondere Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter getrennt nach Wohnsitzgemeinden der einzelnen, auswärtig wohnenden Arbeitnehmer aufzustellen und spätestens bis zum 15. Februar 1926 dem Finanzamt, in dessen Bezirk die Betriebsstätte liegt, einzusenden. Dabei ist die Versicherung abzugeben, daß die Angaben vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind. Sofern Lohnsteuer-Ueberweisungsblätter von einem Arbeitgeber nicht auszuschreiben sind, hat er dem Finanzamt Zahlungsanzeigen nach vorgeschriebenem Muster spätestens bis zum 15. Februar einzusenden. Die erforderlichen Vordrucke sind dem Arbeitgeber auf Verlangen kostenlos vom Finanzamt zur Verfügung zu stellen. Die Arbeitnehmer, für die Steuermarken geklebt werden, sind verpflichtet, ihre Steuerkarte und die Einlagebogen, die im Kalenderjahr 1925 zum Einkleben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden sind, spätestens bis zum 15. Februar dem Finanzamt ihres Wohnsitzes abzuliefern. Auf die Verpflichtung zur Einsendung oder Abgabe der Steuerkarte und der Einlagebogen hat der Arbeitgeber durch Anschlag in den Arbeits- und Geschäftsräumen hinzuweisen. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einsendung oder Abgabe der Steuerkarte und Anlagen an das zuständige Finanzamt übernehmen.

*

Weibliche Stadtverordnete.

Der deutsche Städtetag hat vor einiger Zeit eine Rundfrage über die Anzahl der männlichen und der weiblichen Mitglieder der Gemeindekörperschaften gerichtet. Von dem Ergebnis seien hier einige Zahlen über die weiblichen Mitglieder wiedergegeben. Naturgemäß steht die Reichshauptstadt sowohl mit der Anzahl der männlichen wie der weiblichen Mitglieder der Gemeindevertretung an der Spitze aller deutschen Städte. Die Stadtverordnetensitzung weist hier 28 Frauen auf und im Magistrat sind zwei Frauen ehrenamtlich tätig. An zweiter Stelle steht Köln mit zehn weiblichen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung. Je neun Mitglieder in der Gemeindevertretung haben Essen, Dortmund, Aachen, Dresden, Karlsruhe und Freiburg i. B. Je acht weibliche Gemeindevertreter besitzen Breslau, Düsseldorf, Königsberg i. Pr., Remscheid und Leipzig. Je sieben weisen die Städte Frankfurt a. M., Magdeburg, Kiel, Gelsenkirchen, Barmen, Bochum, Bonn und Mannheim auf. Je sechs Hannover, Elberfeld, Krefeld, Hagen, Osnabrück. Je fünf Duisburg, Halle, Altona, Kassel, Bielefeld, Görlitz, Frankfurt a. O., Wesermünde, Trier, Hamm, München, Chemnitz und Plauen. Die einzige preußische Großstadt, die keine Frauen in der Gemeindevertretung aufweist, ist Saarbrücken, in Bayern Regensburg. Die Städte Düsseldorf und Elbing besitzen je ein hauptamtlich tätiges weibliches Gemeindevorstandsmitglied. Ehrenamtlich tätige weibliche Gemeindevorstandsmitglieder haben die Städte Berlin und Dortmund und Königsberg und Bielefeld mit je zwei, Frankfurt a. M., Stettin, Kassel, Wesermünde und Tilsit mit je einem weiblichen Mitglied. — Der Merseburger Stadtverordnetenversammlung gehören bekanntlich keine Frauen an.

*

Wer will mit Graf Luckner reisen?

Graf Luckner, der bekannte „Seeteufel", geht voraussichtlich im März d. J. mit seinem Segelschiff „Vaterland" auf die Reise um die Welt. Ihn dabei als junger Mensch begleiten zu können, mit diesem urdeutschen, prächtigen Manne die tausend Wunder und Abenteuer fremder Welten zu erleben, ist ein Wunsch, so unausdenkbar schön, daß jeder junge, tatendurstige Deutsche davon kaum zu träumen wagt. Und doch ist dieser Wunsch nicht unerfüllbar.

Graf Luckner will den jungen, tüchtigen deutschen Volksgenossen mit auf seine zweijährige Fahrt nehmen, der aus dem Verkauf von Bausteinen des „Stahlhelms" für die Luckner-Fahrt bis zum 26. Februar zahlenmäßig den größten Erlös erzielt.

Jeder kann sich an diesem Wettbewerb beteiligen. — Alles Nähere teilt auf Anfrage die Abteilung Luckerfahrt des Stahlhelm-Verlages, G. m. b. H., Magdeburg, Alter Markt 11, mit.

Der Reichsverband der Elektrizitätsabnehmer, Landesverband Sachsen-Anhalt hält am Sonnabend, 6. Februar in Halle im Physikalischen Institut an der Moritzburg seine Jahreshauptversammlung ab, die um 10½ Uhr vorm. beginnt. Auf der Tagesordnung stehen u. a. zwei interessant: Verträge, an die sich eine öffentliche Aussprache schließt.

Warnung vor einem ausländischen Dentistendiplom. In einer Anzahl von Zeitungen erschien vor einiger Zeit eine Ankündigung, nach der begabte Dentisten nach Absolvierung eines Vorbereitungskursus die Diplomprüfung an einer staatlichen anerkannten kontinentalen zahnärztlichen Hochschule ablegen könnten. Wie die Nachforschungen ergeben haben, stammt diese Notiz von französischer Seite. Wie wir einer Zuschrift des Preußischen Wohlfahrtsministeriums entnehmen, ist vor solchen Inseraten schon deshalb dringend zu warnen, weil nicht übersehen werden kann, welchem Endzweck diese eigenartige Werbung eigentlich dienen soll, ganz abgesehen davon, daß ein solches „Diplom" in Deutschland nicht anerkannt wird und somit keinerlei Bedeutung hat.

570 christliche Religionsgemeinschaften in Deutschland. Die Ergebnisse der letzten Volkszählung vom Juli v. J. werden jetzt ausgewertet. Neben 45 Gruppen von Personen, die keiner Religionsgesellschaft, aber einer Vereinigung zur gemeinschaftlichen Pflege einer Weltanschauung angehören und 85 diffidentischen Gruppen stehen die großen christlichen Konfessionen. 85 verschiedene Gruppen sind weder evangelisch noch katholisch (Ernste Bibelforscher, Heilsarmee usw.). Die evangelischen Christen zerfallen in 416 Gruppen. Davon kommen 180 auf die evangelischen Landeskirchen, 18 auf die evangelisch-lutherischen, 17 auf die evangelisch-reformierten Freikirchen, 24 auf die Brüdergemeinde und ihr nahestehende Religionsgesellschaften. Den Rest bilden die außerlandeskirchlichen evangelischen Religionsgemeinschaften, die Baptisten und die Methodisten mit je 20 Untergruppen, die Mennoniten mit 7, die Apostoliker mit 15, die Adventisten mit 12 und sonstige Gesellschaften (z. B. Quäker, Templer) mit fast 100 Untergruppen. Man sieht also, daß die religiöse Zersplitterung in Deutschland nach wie vor besteht.

Die Wurst des Bürokraten.

Von Dr. Franz Thierfelder-Dresden.

Für den gewöhnlichen Staatsbürger ist eine Wurst ein Nahrungs- und Genußmittel, dessen Besitz er — falls er kein Vegetarianer ist — zu schätzen weiß und dessen Verbrauch zu den kleinen, aber beinahe unentbehrlichen Annehmlichkeiten des Alltages gehört. Nicht so für den Bürokraten: für ihn ist auch die himmlischste Trüffelleberwurst ein Objekt, dem man nicht mit Messer und Gabel, sondern mit Gesetzes-Paragraphen zuleibe rückt; der Gedanke, daß der kategorische Imperativ, unter dem das Schicksal einer Wurst steht, einzig und allein lauten könne: gegessen zu werden, kam dem biederen Beamten des Hauptzollamtes in Gotha jedenfalls nicht, von dem die Zeitungen kürzlich berichteten. Er sah in der Wurst, die er in einem Paket aus der Schweiz entdeckte, nichts anderes als den handgreiflichen Beweis für eine dreiste Gesetzesverletzung. Der verführerische Duft des corpus delicti, das dem Einfuhrverbote zum Trotz bis in das Herz Deutschlands geschmuggelt worden war, konnte selbstverständlich sein Pflichtgefühl nicht einen Augenblick verwirren — ebensowenig aber auch das Flehen der unschuldigen Empfängerin, der der leckere Gruß aus Basel vorenthalten wurde. Vernichtung oder Rücksendung lautete der unerbittliche Spruch des Zollgewaltigen, und da dieser außerdienstlich ein mitleidiger Mann war, tat er noch einen übrigen und setzte hinzu, die Rücksendung sei nicht zu empfehlen, da sie mit beträchtlichen Kosten verbunden sei. Die arme Frau, die sich mit dem Verluste ihrer Wurst schließlich abzufinden bereit war, empfand es jedoch als sinnlos, gute Ware mir nichts und dir nichts in den Ofen zu stecken, und kam in unerschütterlichem Vertrauen auf das soziale Verständnis des Vaters Staat auf die Idee, die Wurst an eine bedürftige Familie gehen zu lassen. „Dann ist dem Gesetz genüge getan", dachte sie fröhlich, „ich bekomme die Wurst nicht, weil ich sie aus mir unbekannten Gründen nicht bekommen darf, der Absender ist dadurch bestraft, daß er mir keine Freude bereiten konnte und außerdem ist die, große Wirtschaftsnot in Deutschland — wenn auch nur durch eine Wurst für den Tisch eines Erwerbslosen — gelindert worden." — Die Bedauernswerte wußte noch nicht, daß für gewisse Bürokraten die Gesetze nicht zur zweckmäßig en Regelung des allgemeinen Zusammenlebens, sondern einzig zu ihrer buchstäblichen Erfüllung erlassen werden, und so endete denn die kleine Alltagstragödie damit, daß die Wurst unter der ernsthaften Assistenz der Behörden in Flammen aufging.

Eine belanglose und doch eine sehr traurige Geschichte! Den Verlust einer Wurst aus der Schweiz kann Deutschland zur Not ertragen, was aber allmählich geradezu unerträglich zu werden droht, ist der verständnislose Geist ses Bürokratismus, der im Zweifelsfalle über Leichen geht, wenn nur so der formale Buchstabe triumphieren kann. Trotz der unaufhörlichen Mahnungen in öffentlicher Schrift und Rede, den Aderlaß der Dawes-Zahlungen durch neue Kräftezufuhr aus eingesparten Mitteln zu ersetzen, spielt sich im Verwaltungsleben noch immer ein ungeheurer Material- und Kräfteverbrauch ab, der mit guten Willen vermieden werden könnte. Dazu ist freilich eine geistige Umstellung unserer Behörden vom ersten bis zum letzten Mann notwendig. Nur allzu oft wird in Deutschland Schematismus mit Gewissenhaftigkeit verwechselt und statt des Bestrebens, das Verwaltungssystem den wechselnden Bedürfnissen der Zeit anzupassen, reißt heute nicht ohne Schuld unserer unerfreulichen parlamentarischen Verhältnisse ein fauler Schlendrian ein, die Dinge nur im alten Geleise laufen zu lassen und jede folgenschwere Veränderung möglichst dem Nachfolger zu übertragen. Was uns zugunsten eines klapperigen, aber ununterbrochenen Weiterlaufs der Verwaltungsmaschine gänzlich abhanden zu kommen droht, ist die Verantwortungsfreudigkeit nicht nur der entscheidenden oberen, sondern aller Dienststellen. Die Verletzung des Einfuhrverbotes von Fleischwaren aus der Schweiz kann nicht dadurch wettgemacht werden, daß sie durch eine noch größere des wirtschaftlichen Prinzips und des sozialen Verständnisses ersetzt wird. Den einzelnen Beamten trifft in solchem Falle nur ein Teil der Schuld, denn er weiß, daß er nicht unbedingt auf das Verständnis seiner Vorgesetzten, ja nicht einmal der Gerichte rechnen kann, wenn er einmal nicht dem Buchstaben, sondern der Vernunft zum Siege verholfen hat. Wenn wir die Forderung nach einer freieren Handhabung der tausend und abertausend Bestimmungen erheben, die das Leben des modernen Staatsbürgers bei engherziger Auslegung oft unerträglich hemmen, so wollen wir alles andere als einer persönlichen Willkür das Wort reden. Wir wollen nur, daß die große Idee, die jedem weisen Gesetzgeber bei der Aufstellung seiner Normen vorschwebt, wieder verwirklicht wird: den letzten Sinn aller Regeln darin zu sehen, sie im Hinblick auf ihre Allgemeingültigkeit bei jeder Anwendung mit dem lebendigen Geiste des besonderen Falles zu erfüllen.

Prüfung von Gußstücken durch Röntgenstrahlen

Von Dipl.-Ing. Dr. Arthur Hamm.

Das zum ersten Male im Kriege angewandte Verfahren, Gußstücke auf ihre innere Beschaffenheit durch Durchleuchtung mit Röntgenstrahlen zu prüfen, ist kürzlich bei einem besonders bemerkenswerten Falle im Großen angewendet worden. In der Nähe von Boston wurde ein neues, großes Kraftwerk in Weymouth erbaut, das mit der bisher noch nirgends angewendeten Dampfspannung von 85 Atmosphären arbeitet. Daß hierbei alle Teile, Kessel, Rohrleitungen und Maschinen nebst den zahlreichen darin liegenden Ventilen und sonstigen Apparaten besonders hohen Beanspruchungen ausgesetzt sind, daß ein Versagen ganz besonders schwerwiegende Folgen haben muß, leuchtet ohne weiteres ein. Deshalb mußten alle diese Teile vor dem Einbau ungewöhnlich sorgfältig auf ihre Beschaffenheit geprüft werden, um Fehler auszuschließen. Das gewöhnliche Verfahren einer solchen Prüfung besteht darin, daß der zu untersuchende Körper einem hohen Wasserdruck ausgesetzt wird, der den später im Betriebe vorkommenden Dampfdruck wesentlich übersteigt. Ist irgendwo ein Gußfehler, eine kleine Undichtigkeit in der Wand oder dergleichen, so zeigt sich das durch den herausdringenden Wasserstrahl, bei ganz feinen Fehlern unter Umständen nur durch Austritt von Wassertropfen. Bisher verließ man sich vollkommen auf dieses Verfahren, das alle Sicherheiten zu bieten schien. Kürzlich ereignete es sich aber, daß in einem großen Werke eine sogenannte feuerlose Lokomotive, wenige Tage nachdem sie auf diese Weise geprüft worden war, bei ihrem normalen Betriebsdruck von noch nicht einmal 15 Atmosphären explodierte, wobei eine ganze Anzahl von Menschen getötet und verwundet wurden. Daraus geht hervor, daß wir schärfere und zuverlässigere Prüfverfahren brauchen, um die Wiederkehr solcher Unglücksfälle auszuschließen. Im Falle Weymouth wurde daher durchweg das Verfahren der Röntgenprüfung angewendet. Mehr als 50 Eisen- und Stahlgußstücke wurden geprüft und fünf von ihnen als undrauchbar ausgeschieden. Am Turbinengehäuse wurde z. B. eine große Gasblase in einer Rippe ermittelt, man bohrte die Stelle an und fand in der Tat ein Loch von gewaltigen Abmessungen, es wurde durch elektrisches Ausschweißen ausgefüllt und das Stück war damit brauchbar geworden. Hätte die Gießerei ein neues Stück herstellen müssen, so würde sie viel Geld verloren haben. Das Röntgenverfahren hat jedenfalls damit seine Brauchbarkeit in vollem Maße bewiesen. Möglich geworden ist es erst durch die neuen Röntgenröhren, die sog. Coolidgeröhren, die einen Glühfaden enthalten ebenso wie die gewöhnlichen Glühlampen oder die Verstärkerlampen der Radiotechnik, mit denen sie auch sonst Aehnlichkeit haben. Ein solcher Glühfaden sendet Elektronen aus, denen durch sehr hohe Spannung an den Elektroden der Röhre eine derartige Geschwindigkeit erteilt wird, daß sie bei ihrem Aufprallen auf die Antikathode Röntgenstrahlen erzeugen. Indem man den Glühfaden mehr oder weniger kalt heizt und die an die Röhre angelegte Spannung verändert, hat man die Röntgenstrahlen, ob sehr hart, hart oder weich ganz in der Hand und kann die jeweilig günstigste Strahlenart erzeugen. Die Spannungen, die dabei verwendet werden, sind die höchsten deren sich die Technik überhaupt bedient und gehen bis zu 250 000 Volt hinauf. Damit ist aber der Bedarf noch nicht gedeckt, denn um alle möglichen vorkommenden Gußstücke zu prüfen, wären Spannungen und Röhren bis zu 600 000 Volt notwendig, deren Herstellung vorläufig noch nicht gelungen ist. Mit 250 000 Volt kann man nämlich Stahlguß nur bis 75 mm Dicke, unter günstigen Umständen bis 100 mm prüfen, während sehr viel größere Wandstärken vorkommen.

Zur Aufnahme dienen Filme, da die zu prüfenden Gußstücke in den meisten Fällen gekrümmte Oberflächen haben werden, sodaß Platten nicht anwendbar sind. Auf die Oberfläche werden mit bleihaltiger Farbe Zahlen aufgemalt, die sich in der Photographie als dunkle Schatten geltend machen und erkennen lassen, welchen Teil des Gußstückes die Photographie darstellt. Die Belichtungszeit ist natürlich sehr lang und kann bis zu ¾ Stunden betragen, in Wirklichkeit mehrmals so lange, weil die Röhre während der Aufnahmezeit mehrmals abkühlen muß. Schon Dichten-Wandstärkenunterschiede von 2% können festgestellt werden, Gaseinschlüsse und Luftblasen erscheinen als runde, helle Flecke, wandernde Gasblasen als kleine Kometen, während Sandeinschlüsse sich als wolkige Stellen in der entwickelten Photographie darstellen. Will man Brüche oder Risse feststellen, sobald solche vermutet werden, muß das betr. Stück mehrmals von verschiedenen Seiten durchleuchtet werden. Das Verfahren ist also recht langwierig und man kann sich vorstellen, daß die Prüfung einer großen Anzahl von Gußstücken, wie bei dem Weymouth-Kraftwerke geraume Zeit dauert; der hohe wirtschaftliche Wert der zu prüfenden Stücke rechtfertigt aber einen solchen Zeitaufwand ohne weiteres.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0007

Aus dem Reiche.

2300 Zentner Getreide gestohlen.

Magdeburg, 2. Febr. Auf dem Rittergut Ovelguenne im Kreise Wanzleben wurden seit Jahren große Getreidediebstähle ausgeführt. Im ganzen sind 2300 Zentner Getreide gestohlen. Jetzt hat man den Dachdeckermeister Meyer und den Spediteur Jakobs aus Eilsleben und den Landwirt Ledderboge aus Dourberge verhaftet. Es hat sich herausgestellt, daß der Dachdeckermeister, der auf dem Rittergute ständig arbeitete, sich heimlich eine Luke gebaut hatte, aus der heraus er nachts das Getreide ablaufen ließ.

*

Der Regenschirm als Fallschirm.
Weich gefallen.

Hanau, 3. Febr. Ein gefährliches Spiel mit dem Leben trieb in dem oberhessischen Städtchen Allendorf ein 18jähriger junger Mann, der auf die tolle Idee kam, auszuprobieren, ob ein ausgespannter Regenschirm auch als Fallschirm verwendbar sei. Er sprang aus dem zweiten Stockwerk seines elterlichen Hauses, kam aber nicht auf die Erde, sondern die gefüllte Jauchegrube nahm ihn schützend auf. Hilfsbereite Leute befreiten den seltsamen Fallschirmkünstler aus seiner üblen Situation.

*

Berliner Juwelendiebe in der Provenz.

Landsberg a. W., 3. Febr. In einem Juweliergeschäft erschienen hier zwei jüngere Männer, um verschiedene Auskünfte zu erbitten. Nachdem sie diese erhalten hatten, entfernten sie sich. Als der Geschäftsinhaber am nächsten Tage seinen Laden aufsuchte, stellte er zu seinem Schrecken fest, daß während der Nacht Einbrecher dort gründlich aufgeräumt hatten. Sie erbeuteten 28 silberne und goldene Herrenuhren, 50 Armbanduhren, 20 Brillantringe, 4 Kolliers und 50 Armbänder, die mit Brillanten geschmückt sind. Wie die Ermittelungen ergaben, handelt es sich um Berliner Spezialisten, die einen Abstecher in die Provinz unternommen hatten.

*

Zweimal beerdigt.

Leinefelde (Eichsfeld), 2. Febr. In einem Krankenhause des Südeichsfeldes waren zwei Männer in hohem Alter gestorben und sollten in ihren Wohnorten beerdigt werden. Am Freitagmorgen kam der Tischler mit dem Sarge, um den zuerst verstorbenen G. aus W. einzusargen. Die Leiche wurde dann nach W. gebracht und dort beerdigt. Am Nachmittag desselben Tages kamen nun die Angehörigen des zuletzt verstorbenen S. aus Gr. und wollten die Leiche abholen. Aber welchen Schrecken bekamen die Anverwandten, denn die Leiche, welche noch im Leichenhause lag, war die des verstorbenen G. aus W., die am Morgen schon beerdigt worden war. Nun stellte es sich heraus, daß der Tischler am Morgen aus Versehen die Leiche des verstorbenen S. aus Gr. in den Sarg gelegt und nach W. gebracht hatte. Dort wurde S. als G. beerdigt. Es blieb nun weiter nichts übrig, als den versehentlich Beerdigten wieder auszugraben, um ihn nach Gr. zu bringen und ihn dort zum zweiten Male zu beerdigen.

*

Die Flöte des alten Fritz?

Leipzig, 2. Febr. Eine historische Flöte ist von der hiesigen Kriminalpolizei bei einem Manne beschlagnahmt worden, der sie auf einer Geschäftsreise in Berlin von einem unbekannten Manne aus Liebhaberei gekauft haben will. Es ist ein Instrument älteren Systems mit nur einer Klappe und angeschraubtem Elfenbeinmundstück, das auf der Rückseite in großen Buchstaben die Inschrift „Gotlieb Wietfeld" trägt. Nach fachmännischem Urteil soll diese Flöte aus dem Mittelalter stammen und einen hohen historischen Wert haben. Es wird vermutet, daß es die sei, die Friedrich der Große gespielt habe und daß sie aus einer Instrumentensammlung, vielleicht aus einem Museum, gestohlen worden sei.

*

Leipzig. Aus dem vierten Stock gestürzt. In der Nacht wurde in einem Hof in der Dresdener Straße ein dort wohnhafter 17jähriger Markthelfer blutüberströmt aufgefunden. Er wurde mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus gebracht, wo er noch besinnungslos darniederliegt. Der junge Mann wohnt im vierten Obergeschoß. Vermutlich fand er die elterliche Wohnung verschlossen und hat daraufhin versucht, aus einem kleinen Fenster hinauszusteigen, um durch ein anderes Fenster in die Wohnung zu gelangen. Bei diesem Versuch ist der junge Mann abgestürzt.

Aus aller Welt.

Unmenschliche Barbarei.

Preßburg, 3. Febr. In dem Orte Farmab (Slowakei) wurde auf Grund einer Anzeige bei einem Landwirt Amaraly eine Haussuchung unternommen, wobei die Mutter des Landwirts in einem Viehstall eingesperrt aufgefunden wurde. Man hatte sie dort drei Jahre lang verborgen gehalten, und sie war so entkräftet, daß sie nicht auf den Füßen stehen konnte. Der Landwirt und seine Frau wurden verhaftet. Sie gaben an, daß es ihnen bis zum Antritt des Erbes zu lange dauerte. (!)

Die Stürme im Atlantik.

Newyork, 3. Febr. Die Stürme im Atlantik dauern unvermindert. Der Hapagdampfer „Westphalia" rettete die 20 Mann starke Besatzung eines holländischen Frachtschiffes, das sich in großer Seenot befand. Das amerikanische Unterseeboot T. 3 mußte von einem Dampfer ins Schlepptau genommen werden, da sein Oelvorrat ausgegangen war. Verschiedene kleinere Schiffe befinden sich in Seenot.

— **Die Finnische Bucht vereist.** Der dänische Staatseisbrecher „Isbjoern" hat das Motorschiff „Emma Maersk" vom Eise der Finnischen Bucht befreit. Die Eislage in der Finnischen Bucht hat sich infolge des Sturmes weiter verschlechtert. Mehrere Schiffe befinden sich in großer Gefahr. Nicht alle als verschwunden gemeldeten Schiffe sind ermittelt. Im Hafen von Leningrad liegen 30 ausländische Schiffe, die nicht ausfahren können, und die deshalb von der Hafenverwaltung pro Tag 30 bis 60 Pfund Entschädigung verlangen.

— **Ein Hotelhausmeister ermordet.** Der Hausmeister Liebherr des Hotels „Post" in Kempten (Allgäu) wurde im Bett überfallen. Es wurde ihm der Kopf mit einem Handbeil buchstäblich zerstückelt. Der Täter ist noch unbekannt.

— **15 000 Liebesbriefe.** Bei der Versteigerung von Autogrammen der Sammlung Georges Emanuel Lang wurden 15 000 Liebesbriefe Victor Hugos für 18 000 Frank verkauft.

— **Neun Warenhäuser zerstört.** Wie aus Newyork gemeldet wird, wurden neun große Verkaufshäuser im indischen Houthandviertel durch eine Feuersbrunst vollständig zerstört. Der angerichtete Schaden wird auf mehr als zwei Millionen Dollar geschätzt. Zu gleicher Zeit vernichtete ein Schadenfeuer die Büros der Standard Oil Company.

Bunte Zeitung.

Gift für 10 Millionen Menschen versenkt.

Ganz früh am Morgen, als noch alles dunkel war, fuhr jüngst ein kleiner Dampfer aus dem Hafen von Neuyork. Das Schiff trug sechs große Stahlkisten, die sorgsam verschlossen waren. Wie immer, kamen die Zollbeamten an Bord, um die Fracht zu untersuchen; man zeigte ihnen ein Schreiben, nichts wurde besichtigt und dann fuhr das Schiff in die Nacht hinaus. Draußen auf hoher See, wo das Meer etwa 8000 Meter tief sein soll, stellte man die Maschine ab. Behutsam wurde die erste Kiste geöffnet, der man eine kleinere aus Beton entnahm, dann versenkte man diese mit ihrem Inhalt in das Meer. So ging es auch den übrigen fünf Kisten. Ein paar Minuten später wendete der Dampfer und eilte wieder dem Hafen zu, allerdings ohne Ladung. Ungefähr 100 Kilometer von der Küste entfernt hatte man die Metallbehälter versenkt.

Aber was bargen denn diese geheimnisvollen Kisten, die man in der Nacht, fern der Küste ins Meer versenkte? Lewisit, das schrecklichste Zerstörungsmittel, das Menschenverstand je erfunden: Lewisit, ein Giftgas, dessen Wirkung in keinem Vergleich zu den Giftgasen steht, die während des Krieges benutzt wurden. Praktisch bekam man einen Begriff seiner Wirkung bei einem Bankeinbruch. Als Einbrecher einen Geldschrank erbrechen wollten, fielen sie tot um. Der vorsichtige Bankier hatte in den Schrank die Dosis von zwei Milligramm Lewisit einbauen lassen; diese geringe Menge reicht, um drei Personen sofort zu töten.

Der Erfinder dieses Giftgases, von dessen Existenz die Oeffentlichkeit kaum etwas gehört hat — es sei denn durch diesen Bankeinbruch in Neuyork —, ist der Chemiker Lewis, Professor an der Universität in New-Orleans, der zum erstenmal im Jahre 1917 die Zusammensetzung des furchtbaren Gases erfunden hat. Er machte damals von seiner Erfindung dem amerikanischen Kriegsministerium Mitteilung und wurde bald darauf mit der Herstellung des Giftes beauftragt. Natürlich, wie alles in Amerika, sofort in großem Stil. Die Fabrik lieferte täglich hundert Kilogramm Lewisit, Anfang 1918 besaß Amerika bereits solche Mengen dieses Giftes, daß sie ausgereicht hätten, die gesamten europäischen Streitkräfte zu vernichten. Da Präsident Wilson die Anwendung des Giftes verbot, kam es nicht zur praktischen Auswertung. Nach dem Waffenstillstand wurde dann die Vernichtung des Giftgases angeordnet und jetzt, am 3. Januar 1926, versenkte man den Rest auf Grund einer Klausel des Vertrages von Genf. Diese Menge hätte übrigens ausgereicht um 10 Millionen Menschen zu töten.

Interessant ist übrigens, daß Herr Professor Lewis bereits des öfteren Anträge von mittelamerikanischen Staaten erhalten hat, ihnen Lewisit zu liefern. Lewis hat aber jede Aufforderung streng abgelehnt.

Literatur.

Muthesius, Eigenhäuser, Heimstätten, kleine Wohnhäuser usw. für Gartenstädte, Villenkolonien, Bauvereine, Vororte und das Land, vorwiegend 4—8 Zimmerhäuser, 90 bürgerliche Hausbeispiele in 300 Ansichten, Grundrissen usw. mit Angabe der Baukosten als Grundpreise. Preis 8 RM. gebunden 10 RM. (Porto 50 Pfg.). Heimkultur-Verlag, G. m. b. H., Detzsch-Leipzig, Schließfach Nr. 20. Für jeden Baulustigen ist die Auswahl von 300 Ansichten 90 Hausbeispielen sehr wertvoll. Die Baukosten sind sehr niedrig gehalten, meist 8000 bis 30 000 RM., dabei wird ganz den heutigen Verhältnissen Rechnung getragen, es sind durchweg 4—8 Zimmerhäuser mit gut bewährten Grundrißpositionen für Gebirgs- und Flachland, zweckmäßig und billig zu bauen. Der Text belehrt über alle Erfordernisse des Baues und der Inneneinrichtung. Dieses Werk kann jedem Interessenten bestens empfohlen werden.

Was bringt die Frühjahrsmode? Wenn man auch noch nicht an die Anschaffung denkt, so interessiert es doch zu wissen, wie die vorjährige Kleidung durch Aenderung modisch gemacht werden kann und ob man wieder Mäntel oder mehr Jackenkleider sehen wird, zumal die neuen Stoffe vom Weihnachtsfest der Verarbeitung harren. Die kürzlich erschienene erste „Bazar"-Nummer des neuen Jahres gibt die gewünschte Aufklärung. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen auf den „Bazar" entgegen und jede bessere Buchhandlung liefert ihn

Turnen, Spiel und Sport.

Fußball.

Fußball am nächsten Sonntag.

Das „amtliche" Programm für kommenden Sonntag ist reichlich, so reichlich, daß Merseburg sogar mit 2 Spielen bedacht ist! Nach der langen Pause soll das gewiß eine Entschädigung sein; im Interesse der beteiligten Vereine und des Publikums hätte man jedoch wie bisher besser die Doppelansetzung zweier Spiele in unserer Stadt vermeiden, zumal beide Treffen für die Meisterschaftsfrage bedeutungslos sind. Es spielen V. f. L. gegen 96-Halle (Nilius-Spbr.) und 99 gegen Preu.-Ko. (Hohl-Spfr.)

In Halle finden statt: 92—Sportfreunde (neutral), Wacker—Favorit (neutral).

Die 1b Klasse sieht folgendes Programm vor: Giebichenstein—1910, Olympia—Preußen-Merseburg, Neumarkt gegen Sportbrüder, Ammendorf—Nietleben, Reideburg—Eintracht.

In der 2b-Klasse spielen: Wegwitz—Zöschen, Germania-Merseburg—Rössen, Mücheln—Kötzschen.

Handel und Verkehr.

Aktiengesellschaft für Grundstücksverwertung Halle a. S.

Die Gesellschaft ist eine der wenigen Aktien-Gesellschaften Deutschlands, die ihre Aktien bei Aufstellung der Goldmarkbilanz nicht zusammen legten, steht ihr doch noch heute das volle Aktienkapital in Höhe von 500 000 RM. zur Verfügung. Es ist die Verteilung einer Dividende von 2 Proz. und der Vortrag von 4221,74 Mark auf neue Rechnung in Aussicht genommen.

*

Berliner Börse vom 2. Februar.

Die Platzspekulation gab auch heute stärker ab, und diese Verkäufe traten kursmäßig um so mehr in Erscheinung, als gleichzeitig die Käufe von draußen aufgehört haben. Lediglich einige Spezialmärkte waren noch durch Sondermomente beeinflußt. Auf allen übrigen Gebieten wurde die Tendenz schwächer. An der Nachbörse setzten sich die Kursabschwächungen weiter fort.

Leipziger Börse vom 2. Februar.

An der Börse zeigte sich vielfach Neigung zu Gewinnsicherungen. Die Kursbewegung zeigte deshalb im allgemeinen ein ziemlich uneinheitliches Bild, doch beschränkten sich die Rückgänge auf die besonders bevorzugten Papiere.

Berliner Getreidemarkt.

Berlin, 2. Febr. Die Umsätze hielten sich in den engsten Grenzen. Zu ermäßigten Preisen zeigte sich vereinzelt Kauflust, besonders für Roggen. Im Lieferungsgeschäft erfuhren die Preise mangels Unterstützung einen Rückgang um 1 bis 1,50 Mark. Mehl war so gut wie geschäftslos. Hafer ist in guten Qualitäten sehr wenig angeboten.

Die amtlichen Devisen.

London (1 Pfd. Sterling) 20,409—20,461.
Newyork (1 Dollar) 4,195—4,205.
Amsterdam-R. (100 Gulden) 168,21—168,63.
Brüssel-Antwerpen (100 Frank) 19,075—19,115.
Italien (100 Lire) 16,815—16,855.
Kopenhagen (100 Kronen) 103,57—103,83.
Lissabon (100 Escuto) 21,225—21,275.
Paris (100 Frank) 15,74—15,78.
Prag (100 Kronen) 12,412—12,452.
Schweiz (100 Frank) 80,84—81,04.
Spanien (100 Pesetas) 59,23—59,37.
Stockholm (100 Kronen) 112,31—112,59.
Wien (100 Schilling) 59,07—59,21.

Notenkurse.

Polen 56,86—57,44; Schweizer 80,80—81,20; Oesterreicher 58,95—59,25; Italiener 16,835—16,915.

Amtliche Produktenpreise.

Berlin, 2. Febr. Getreide und Oelsaaten, per 1000 Kg., sonst per 100 Kg. in Reichsmark. Weizen, märk. 241—246, pomm. 242—247, März 266,5—267,5, Mai 274—274,5; Roggen, märk. 148—155, pomm. 144—151, März 174, Mai 186; Sommergerste 170—198; Futtergerste 142—160; Hafer, märk. 156 bis 167, März 178—177,5; Weizenmehl 32,25—35,25; Roggenmehl 22,25—24,25; Weizenkleie 11—11,25; Roggenkleie 9,50—9,80; Raps 340—345; Viktoriaerbsen 26—35; Kl. Speiseerbsen 22 bis 25; Futtererbsen 20—22; Peluschken 20—21; Ackerbohnen 19—21; Wicken 20—24; Lupinen, blaue 12—13; Lupinen, gelbe 14—15; Seradella 19—20; Rapskuchen 15—15,20; Leinkuchen 21,50—21,80; Trockenschnitzel 8—8,25; Sojaschrot 19,20—19,60; Kartoffelflocken 14,30—14,90.

Berliner Metallpreise.

Elektrolytkupfer 132,75; Rohzink 73,50—74,50; Plattenzink 65—66; Aluminium 235—240; Reinnickel 340—350; Silber, ca. 900f. 92,50—93,50.

*

Effektenkurse.

(Mitgeteilt von der Commerz- und Privatbank Merseburg.)

Berliner Börse vom 2. Februar 1926 *)

Anleihen	
Dollar Schätze	99,25
Kl. Goldanleihe	1[illegible],—
gr.	92,
5% Dt. Reichsanl	0,26
[illegible]% dto.	0,29
3½% dto	0,29
[illegible]% dto.	0,37
4% Preuß. Consols	0,29
3½% dto.	0,30
[illegible]% dto.	0,32
Sächs. land. Pfdbr.	—
Me ing. Hyp. 1/17	6,60
Brß. Bodkrd. 3—23	6,95
Oestr. Gold 10./19	17,60
Ungar. Gold 7/19	14,35
Ungar. Kr. R. 5/19	1,35
5% Neckar A. G. 21	6[illegible],
Rhein Main Donau	6[illegible],—
Schl. Holst. El v. 21	85,[illegible]0
4½% A. E. G. 9	9,70
Bad. Anilin v. 19	3,95
Höchster Farben 19	4,45
Aktien	
Schiffahrts-Aktien	
Hamburg Amerika	12[illegible],—
Hansa Dampf.	1[illegible]1,60
Nordd. Lloyd Akt	1[illegible]7,—
Verein. Elbeschiff.	40,60
Bank-Aktien	
Bank elektr. Werte	63,—
Bank f. Brauind.	96,25
Berl. Hand.G.(100)	14[illegible],—
Com. u. Priv. Bk.	103,
Darmst.u.Nat.Bank	120,—
Deutsche Bank (60)	120,—
Disk.Com.Ant. (40)	115,25
Dresdner Bank	112,50
Halle Bankverein	[illegible]2,—
LeipzigerCred. Anst.	90,
Reichsbank Anteile	148,25
Sächsische Bank	120,—
Wien.Bk.v(M p.St)	6,50

Brauereien	
Engelhardt-Brauer.	114,60
Schulth. Patzenhof.	127,—
Leipzig Riebeck	83,—
Industrie-Aktien	
Aachener Spinnerei	—
Accumulatoren	109
Allg. Berl. Omnibus	1[illegible]6,00
A. E. G.	97,25
Ammendorf Papier	118,50
Anhalter Kohlen	68,
Aschaffenburg. Pap.	68,75
Baroper Walzwerke	7,10
Bedburger Wolle	—
Bochum Guß	91,—
Busch opt. Industr.	57,50
Charlottenb. Wasser	69,75
Chem. Heyden	66,25
Chem. Ind. Gelsenk	64,—
Dessauer Gas	75,—
Dtsch. Erdöl	9[illegible],75
Dynamit Nobel	9[illegible],75
Eilenburger Cattun	88,—
Eschweiler Bergw.	130,—
Fahlberg List	52,[illegible]0
J.G. Farbenindustr.	129,25
Fraustädter Zucker	76,
Gelsenk. Bergwerk	93,—
Genthiner Zucker	[illegible],37
Ges. f. el.Unter.(100)	132,50
Glauziger Zucker	68,50
Görlitzer Waggon	25,75
Hamb. El. Wk.(100)	1[illegible]7,
Harpener Bergwerk	110,
Hirsch Kupfer (150)	85,00
Ilse Bergbau	1[illegible]9,—
Jüdel & Co.	65,—
Kahla Porzellan	58,—
Kirchner & Co.	67,75
Kochlmann Stärke	7[illegible],—
Köln Rottweil	98,25
Körbisdorf. Zucker	162,—
Kraftwerk Thüring.	71,50

Lahmeyer & Co.	88,—
Leopoldgrube (140)	68,—
Linde Eismasch.	129,50
Lingn. Wachs. (100)	45,—
Magdeburger Gas	61,—
" Bergw.-Ges.	14,—
Mansfelder Bergw.	75,—
Marienh. Kotzenau	34,
Masch. Baum	40,—
" Buckau	82,50
Mix u. Genest (100)	78,75
Neckars. Fahrzeug	42,75
Niederschl. Elektriz	81,50
Oberschl. Eisen.Bed.	[illegible]1,60
Orenstein & Koppel	74,—
Ostwerke	118,—
Panzer	28,50
Phönix Bergbau	77,7
" Braunkohle	68,25
Reichelt Metall	62,50
Rhein. Westf. El.W.	[illegible]8,00
Gebr. Ritter	84,—
Rombach Hütte	17,12
Rositzer Zucker	69,75
Rütgerswerke	74,25
Sächs. Webstühle	78,25
Sarrotti Chok. (20)	1[illegible]7,[illegible]5
Schieß Masch. (600)	—
Schuckert & Co.	84,25
Schulz jun. (200)	8[illegible],60
Siegen-Solinger	36,—
Simonius Zellulose	6,5
Steingut Colditz	91,—
Stinnes Riebeck	89,—
Lecklbg. Schiff	6,85
Tempelhoferfeld	—
Thüringer Zucker	19,75
Union chem. Prod.	8,75
Varziner Papier(80)	43,50
Ver. Kohle Borna	46,
Wandererwerke	97,50
Wegel. & Hüb. (100)	72,—
Wersch.-Weiß. Brk.	119,—
Westeregeln Alkali	120,25
Wolf Masch Buck.	39,—
Wotanwerke	29,[illegible]2
Zeitz Masch.A. (100)	1[illegible]5
Zwickau Masch.(20)	98,60

Berliner Freiverkehr vom 2. Februar 1926.

Kali Krügersh.	26,—	Becker-Stahl		Kuß R. C. G.	0,68
Wittekind	—	Brown Boveri	64,—	Schebera	30,—
Api	—	Chem. Zeitz	17,00	Jul. Sichel	5,—
Dtsch. Petrol.	76,	Gummi Elbe	—	Staewer-Auto	16,00
Diam. Shares,	22,25	Hagen & Röttele	—	Stralsauer Glas	81,—
Nationalfilm	26,—	Hochfrequenz	75,—	Winkelh. Cogn.	42,—
Ufa-Film	66,—	Monofi	—		

Leipziger Börse vom 2. Februar 1926

Altenburg. Landkr.	67,—	Hetzer Weimar	8,—	Naumann-Brauerei	85,—
Busch Waggon Vrz.	40,—	Hupfeld, Ludw.	29,50	Paradiesb. Steiner	12[illegible],—
Chromo Najork(20)	67,—	Kästner, Carl	7,—	Pittler Werkzeug	113,—
Cröllwitzer Papier	116,—	Kirchner & Co.	6[illegible],—	Riquet & Co (20)	96,50
Dermatoid Wk. (20)	43,—	Körbisdorfer Zuck.	163,—	Schub.&Salzer(100)	117,
Etzold & Kießling	81,—	Krietsch Mühle	29,—	Stöhr, Kammgarn	120,50
Falkenst. Gardinen	70,—	Landkr. Leipzig	63,—	Thür. Wollgsp.(100)	85,—
Buschtel. S. Email	68,10	Leipzig Riebeck-B.	83,	Tränk.& Würk.(100)	69,—
Groß. Kunstanstalt	30,	" Buchh. Fritzsche	47,	Ullersdorf. W. (200)	—
Hall. Pfännersch.	66,—	" Piano Zimm.	65,50	Wotanwerke	29,56
Hartmann S. Masch.	31,—	LindnerGottfr.(200)	29,00	Zittau Mech. Web	49,—

Leipziger Freiverkehr vom 2. Februar 1926

Altenburg. Glash.	36,—	Ley, Arnstadt	—	Samsonia	—
Bauchwitz Pischerer	—	Metallw Borsdorf	—	Seidel & Naumann	45,—
Busch Wagg.(p.St.)	7,50	Nordd. Gem. 500	1[illegible]0,	Thür. Zuck.-Walschl.	21,—
Dähne Max	0,01	Nordd. Gem. 1000	170,—	Weidaer Jutte	105,—
Escher Bernh	38,—	Parkhotel Leipzig	158,	Wollhaarfalalcher	[illegible],48
Heine & Co.	42,50	Reform Motoren	—		
Karnatzki	—	Rhein.-Hess. Treibr.	—		

*) Die hinter der Aktienbezeichnung in Klammern stehende Ziffer bedeutet den heutigen Goldwert. Der dahinter verzeichnete Kurs ist in Goldprozent zu verstehen.

Hallesche Börse vom 2 Februar 1926.

Bank- u. Versich.-Akt.		**Industrie-Aktien.**		Gebr. Zeutzsch	55,
Halle Bankverein	92,—	Ammendorf Papier	117,—	Kaiserbad Schmiedeb.	68,—
Hall. Effkt. u. Wechs.	[illegible],10	Cröllw. Papierf.	—	W. Kathe	
Gew. u. Handelsb.	41,	Könnerer Malzf.	62,25	Körbisdorf. Zuck.	—
Landkredit-Bank		Eilenb. Katt.-Manuf.	88,—	Kyffhäuserhütte	32,—
Förd. Bankverein	15,	Eisenwerk Brünner	38	Gottfr. Lindner	29,50
Iduna Feuerversi.	—	Zimmermann & Co.	16,25	Schrapl. Kalkw	41
		dv. Vorz.-Akt.		Wegelin u. Hübner	71,50
Bergw.-Akt. u. Kuxe.		Glauziger Zuckerf.	66,	Zeitzer Maschinenf.	—
		Hallesche Maschinenf.	132,—	Zuckerraff. Halle	93,
Halle Pfännersch.	65,—	" Röhren	62,—	Hanf Import	[illegible]9,
Brehl. Braunk.		" Malz	98,—	Vester A. G.	42,—
Riebeck Montan	92,50	Heckert Glas		Stadtmühle Alsleben	53,—
Werschen Weißenfels	133,50	Hildebrand Mühle	36,55	Halle-Hettstedter	34,
Bruckdorf-Nietleb.		Moritz Jahr	17,	Bernbg. Saalmühlen	1,—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919260203-14/fragment/page=0008
DFG